no nato

Beilage der Tageszeitung *junge Welt*
Mittwoch,
1. April 2009, Nr. 77

Die Tageszeitung junge Welt

Rußland, der Osten und Bodenschätze: Generalmajor a. D. Hans-Werner Deim über die NATO-Strategien gestern, heute und morgen Seite 3

Drehscheibe für den Krieg: Warum die Bundesrepublik Deutschland für die NATO so überaus wichtig ist. Von Oberst a. D. Karl Rehbaum Seite 5

Der imperiale Pittbull: Die NATO ist seit ihren Anfängen offensiv und aggressiv orientiert. Von Edward S. Herman Seite 7

Wo die NATO hinkommt, macht sie sich unbeliebt: Frank Brendle über die Stimmung im badisch-elsässischen Grenzgebiet Seite 12

Zu den Illustrationen: Im Vorfeld des NATO-Gipfels in Strasbourg hat sich die *jW*-Gestaltung intensiv Gedanken über ein Plakat zur Unterstützung der Proteste gemacht. Einige der zahlreichen Entwürfe sind in dieser Beilage zu sehen. Die Grafik für obiges Plakat stammt von Thomas J. Richter.

60 Jahre zuviel

Von der »Bürde des weißen Mannes« zur »globalen Verantwortung«: Die NATO strebt nach Ausdehnung ihres Einflusses und betreibt in kolonialer Tradition ihrer Mitglieder die Aufteilung der Welt. Doch gegen den imperialen Kriegspakt regt sich Widerstand. **Von Rainer Rupp**

Allein die beiden jüngsten US- und NATO-Kriege in Afghanistan und im Irak haben weit über eine Million zivile Todesopfer gefordert. Hinzu kommen Millionen zu körperlichen oder seelischen Krüppeln geschossene Menschen und Millionen Flüchtlinge. Und alles im Namen von Demokratie und Menschenrechten, für die freie Marktwirtschaft und den »American style«.

Und genug ist niemals genug. Unaufhörlich drängen die US-geführte NATO und die EU danach, ihren Einfluß immer weiter auszudehnen, nach Afrika, in den sogenannten Größeren Mittleren Osten und insbesondere in die zentralasiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken. Denn dort warten große Reichtümer an Öl und Gas und andere Rohstoffe nur darauf, zur Ausbeutung durch westliche Konzerne befreit zu werden.

Dafür aber müssen erstens die Zugänge durch den Kaukasus und durch Afghanistan gesichert, zweitens die lokalen Regierungen durch Zuckerbrot oder Peitsche gefügig gemacht und drittens muß Rußland geschwächt und marginalisiert werden.

Genau diese drei Ziele verfolgen NATO und EU in dieser Region, nicht zuletzt mit solch harmlos klingenden Programmen wie »NATO-Partnerschaft für den Frieden« oder dem im Mai letzten Jahres von der EU aufgelegten »Eastern Partnership« (Östliche Partnerschaft). Dabei ziehen die EU, die NATO und die USA am gleichen Strang, und zwar nicht erst seit kurzem.

NATO-Generalsekretärs Jaap de Hoop Scheffer konstatierte bereits vor vier Jahren: »Die NATO und die EU machen ziemlich gute Fortschritte bei der Koordinierung der modernen militärischen Fähigkeiten. Ich bin optimistisch, daß wir unsere Kooperation auf weitere Gebiete ausdehnen können, wo wir gemeinsame Sicherheitsinteressen haben und wo wir uns gegenseitig ergänzen und verstärken können. Und hier meine ich Gebiete wie … den Kaukasus und Zentralasien« (NATO International, 31. März 2005).

Der Staatssekretär im US-Außenministerium Nicholas Burns, der zuvor US-Botschafter beim Militärpakt gewesen war, begrüßte den Appell des NATO-Generalsekretärs und unterstrich seinerseits, »daß das NATO-Bündnis und die EU ihre Kooperation verstärken müssen, um jenseits der NATO-Grenzen in Europa, Afrika und Zentralasien für Sicherheit zu sorgen.« (*AP*, 26. Mai 2005)

In diesem Reigen durfte natürlich auch ein deutscher Verteidigungsminister nicht fehlen. Peter Struck (SPD) unterstrich damals: »Es wäre vollkommen falsch, die Fortschritte der europäischen Verteidigungsfähigkeiten getrennt von den Fortschritten innerhalb der NATO zu sehen«. Denn beide, NATO und EU zusammen, müßten vor dem Hintergrund eines sich schnell wandelnden Sicherheitsumfeldes besser für Einsätze außerhalb der NATO-Grenzen vorbereitet sein. (Deutsche Welle, 13. April 2005)

Sinn und Zweck dieser Einsätze rund um die Welt werden in den verschiedenen Weißbüchern der NATO-Armeen, so auch in dem der Bundeswehr, und ebenso im geltenden Neuen Strategischen Konzept des Pakts aus dem Jahr 1999

Fortsetzung auf Seite zwei O

O *Fortsetzung von Seite eins*

Rainer Rupp ist Diplom-Volkswirt und Publizist. Ab 1977 arbeitete er in der politischen Abteilung des NATO-Wirtschaftsdirektorats in Brüssel – als Kundschafter der HVA (Hauptverwaltung Aufklärung). Unter dem Decknamen »Topas« lieferte er zwölf Jahre lang wichtige Informationen aus dem Inneren des westlichen Militärpakts an den Auslandsgeheimdienst der DDR. Für seine dem Frieden dienende Arbeit wurde Rupp 1994 vom Oberlandesgericht Düsseldorf zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt. Der Artikel in dieser Beilage basiert auf seinem Vortrag auf der Konferenz »Nein zur NATO – Nein zum Krieg« des Europäischen Friedensforums (epf) am 14./15. März 2009 in Berlin.

no nato
Internationales Camp in Strasbourg-Neuhof, 207 Rue de la Ganzau 1. April bis 5. April. Kontakt: 01 60/95 18 06 51, E-Mail: camporga@riseup.net

***no nato* erscheint als Beilage der Tageszeitung *junge Welt* im Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin. Redaktion: Rüdiger Göbel (V. i. S. d. P.); Anzeigen: Silke Schubert; Gestaltung: Daniel Hager, Michael Sommer. (Für die Plakate verwendeten wir Fotos von *Associated Press*.)**

hinreichend beschrieben. Zwar werden die imperialen Ambitionen wie üblich mit dem Gerede um Menschenrechte und Frieden, Freiheit und Demokratie vernebelt, unterm Strich jedoch geht es stets um die Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen und Märkten, und /oder um die Beherrschung geostrategisch wichtiger Positionen. Schon in den »Verteidigungspolitischen Richtlinien« des Bundesverteidigungsministerium vom 26. November 1992 wurde es u.a. zur Aufgabe der Bundeswehr gemacht, für deutsche Konzerne »den ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt« und die »Aufrechterhaltung des freien Welthandels« zu sichern.

In der Tat haben EU/NATO/USA inzwischen einen großen Teil der Welt bereits unter sich aufgeteilt, mit Ausnahme der westlichen Hemisphäre, welche die USA nach wie vor für sich allein beanspruchen. In diesem Zusammenhang sei auch die jüngst erfolgte Wiederindienststellung der Vierten US-Flotte verweisen. Andere Regionen, ja ganze Kontinente sind bereits filetiert. Am deutlichsten

ANZEIGE

UNRAST-Verlag.de
Leipziger Kamera - Initiative gegen Überwachung (Hg.)
Kontrollverluste
Interventionen gegen Überwachung
256 Seiten | 18 EUR [D] | ISBN 978-3-89771-491-5
Online oder in allen gut sortierten Buchhandlungen

wird das in Afrika. Hier haben sich die »Missionen« der EU vervielfacht, insbesondere in der rohstoffreichen Region des Kongo aber auch am strategisch wichtigen Horn von Afrika.

Unverfroren hatte der NATO-Interventionsexperte Jamie Shea in einer öffentlichen Sitzung des »Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung« des Europäischen Parlaments (EP) in Brüssel im Dezember 2006 das Konzept zur besseren Arbeitsteilung zwischen EU und NATO präsentiert, die sowohl regional als auch funktional sein müßte. Funk-

tional sollte die EU sich mehr um die nicht-militärischen Aspekte der gemeinsamen Sicherheitsinteressen kümmern, während die militärische Hardware, also die großen Kriege zu führen, Aufgabe der NATO sei. Regional sollte das ehemalige koloniale Afrika in den Zuständigkeitsbereich der EU fallen und der »Größere Mittlere Osten« in den der NATO, meinte Shea, der für seine Verdienste zur verlogenen Rechtfertigung des Angriffskrieges gegen Jugoslawien (»Wie verkauft man einen Krieg«) vom Sprecher zum Direktor für Politikplanung des Militärpakts befördert worden ist.

Vorwärts ins 19. Jahrhundert

Die imperiale Neuaufteilung der Welt zeigt, daß seit dem Untergang des realexistierenden Sozialismus 1991 eine konservative Restauration stattgefunden hat,

Faktisch, wenn auch nicht formal haben die Mächte des Westens im Rahmen von EU und NATO eine Parallele zum Wiener Kongreß 1815 und zum Kongreß von Berlin im Jahr 1878 geschaffen.

die direkt ins 19. Jahrhundert, ins Zeitalter der Expansion des Kolonialismus zurückführt. Die drückt sich auch im Verhalten der euro-atlantischen NATO-Eliten aus. In ihrem Umgang mit anderen Ländern erkennt man den gleichen kolonialen Hochmut wie im 19. Jahrhundert, die gleichen herrischen Ansprüche, die gleiche Arroganz, mit der verbriefte Rechte der anderen in den Dreck getreten werden und die gleiche Kanonenbootpolitik, mit der »widerspenstige Eingeborene« zusammengeschossen werden.

Faktisch, wenn auch nicht formal haben die Mächte des Westens im Rahmen von EU und NATO eine Parallele zum Wiener Kongreß 1815 und zum Kongreß von Berlin im Jahr 1878 geschaffen. Zur Erinnerung: Der Wiener Kongreß fand nach dem Ende der Napoleonischen Kriege statt. Er legte die Grundlage für die sogenannte Heilige Allianz, also für die Restauration der Monarchie und des Feudalismus in Europa. Mit dem Spuk der gefährlichen republikanischen Gedanken der französischen Revolution sollte ein für allemal Schluß sein. Kurz, die Neue Weltordnung der »Heiligen Allianz« sollte sicherstellen, daß niemals wieder in Europa ein gekröntes Haupt von einer republikanischen Bewegung bedroht würde.

In der Neuzeit erlebt seit 1991 das damalige Verbot aller Formen republikanischen Denkens und Regierungsformen eine Renaissance. Man muß heute nur »republikanisch« mit »sozialistisch« oder »kommunistisch« ersetzen. In der Tat herrscht heute wieder eine neue »Heilige Allianz«, die versucht, alle politischen Parteien und Bewegungen, die die Rechte der großen Mehrheit der Menschen verteidigen, zu verteufeln, zu marginalisieren, ja sogar zu kriminalisieren. In einem systematisch von oben geführten Klassenkampf soll jeder Widerspruch, sogar jeder Gedanke an eine gesellschaftliche Alternative zur vorherrschenden neoliberalen »Wahrheit« unterdrückt werden.

Als zweites haben sich die euro-atlantischen Eliten des Großkapitals mit der Zusammenarbeit von EU und NATO ein Pendant zum Berliner Kongreß von 1878 geschaffen. Er läutete damals die kooperative Phase unter den damaligen europäischen Großmächten zur Aufteilung der Welt ein. Die begann mit der Ziehung neuer Grenzen und Einflußzonen auf dem Balkan, ohne daß die Vertreter der betroffenen Länder dazu gefragt worden wären. Wenige Jahre später wurde auf einer neuerlichen Konferenz in Berlin (15. November 1884 bis 26. Februar 1885) die Aufteilung Afrikas unter den europäischen Kolonialmächten vorgenommen. Beteiligt waren Österreich-Ungarn, das Deutsche Reich, Großbritannien, Frankreich, Belgien, die Niederlande, Dänemark, Schweden-Norwegen, Italien, Portugal und Spanien.

Ähnlichkeiten zwischen damals und heute sind unverkennbar. Damals wie heute wurde der von Macht- und Profitgier motivierte Wettlauf der europäischen Großmächte um die afrikanischen Rohstoffe vor der Öffentlichkeit mit humanitären Phrasen gerechtfertigt. Den armen Wilden auf dem »dunklen Kontinent« mußten der Erlöser Jesus Christus und die anderen Werte der europäischen Zivilisation gebracht werden. Ja, die Kolonisierung wurde sogar als schwere, opferreiche und selbstlose Aufgabe der Kolonialmächte hingestellt: als die »Bürde des weißen Mannes«.

Auch hier sind die Parallelen zur Gegenwart nicht zu übersehen. Man muß nur die operativen Schlagwörter ersetzen: »Menschenrechte« statt »Zivilisation«, »Bürde des weißen Mannes« heißt heute »globale Verantwortung übernehmen«, usw. Die Ziele sind die alten geblieben: Zugang zu Rohstoffen und Märkten und strategische Positionen zu erobern.

Um zu demonstrieren, wie sehr die Vergangenheit bereits wieder Gegenwart geworden ist, sei hier aus einem Artikel in *The Times* vom 12. Juni letzten Jahres zitiert. Geschrieben wurde er vom ehemaligen britischen Verteidigungsminister und späteren NATO-Generalsekretär (1999–2004) Lord George Robertson und dem ehemaligen Hohen Kommissar der EU für Bosnien-Herzegowina, Lord Paddy Ashdown, der jüngst als Koordinator für die EU und NATO in Afghanistan im Gespräch war. »Die Anstrengungen zur Schaffung europäischer Schlachtgruppen müssen vermehrt und voll kompatibel mit den NATO-Reaktionskräften gemacht werden, um so eine Basis für eine europäische Fähigkeit zur Aufstandsbekämpfung zu schaffen, die imstande ist, in zerfallenden Staaten (failed states) und ähnlichen Umfeldern zu operieren.«

Dieses an die westlichen Eliten gerichtete Manifest zur gemeinsamen Rebellenbekämpfung in den Kolonien der neuen, neoliberalen Weltordnung fährt mit der Bemerkung fort: »Diese [militärischen Fähigkeiten zur Aufstandsbekämpfung] sind unerläßlich, wenn wir gerufen werden, um in irgendwelchen unregierbaren Räumen, welche durch die Globalisierung geschaffen wurden, die staatliche Autorität wiederherzustellen.«

Der NATO-Gipfel 2009

Auf dem NATO-Gipfel in Strasbourg, Kehl und Baden-Baden am 3. und 4. April feiert das westliche Establishment nicht nur den 60. Gründungtag der Organisation, die mit brutalen Interventionen und völkerrechtswidrigen Kriegen die wirtschaftliche und politische Macht der herrschenden Eliten absichern soll. Es geht auch um die Erneuerung der NATO-Strategie zur Festigung ihres Selbstverständnisses als globale Ordnungsmacht. Allerdings ist bei den Vorbereitungen nicht alles nach Plan gelaufen. Mit der Ausarbeitung der neuen Strategie, die in Strasbourg/Baden-Baden hätte abgesegnet werden sollen, ist noch nicht begonnen worden. Statt dessen gab es Streit über Sinn und Zweck der NATO. Manche Mitglieder befürchten, daß eine erneute Strategiediskussion das Bündnis sprengen könnte. Zu unterschiedlich sind in manchen Bereichen die Vorstellungen. Nicht einmal über das Forum, in dem die neue Strategiedebatte stattfinden soll, war man sich eine Woche vor dem Gipfel einig.

Ginge es jedoch nach den strammen Atlantikern, dann würde die NATO für den globalen Einsatz noch schlagkräftiger und noch gefährlicher gemacht. Blaupausen dafür haben im Vorfeld der Strategiedebatte bereits vor einem Jahr fünf NATO-Schwergewichte, darunter der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzende des NATO-Militärausschusses Klaus Naumann, präsentiert. In dem Papier »Towards a new Grand Strategy« wird der Kurs der NATO weiter auf globale Kriege gerichtet. Globale Militärinterventionen sollen selbstverständlich auch ohne UN-Mandat durchgeführt werden können, um NATO-Interessen zu verteidigen.

Ferner soll das bisherige Konsensprinzip im NATO-Rat abgeschafft werden, so daß jederzeit eine »Koalition der Willigen« unter Rückgriff auf NATO-Kapazitäten Krieg führen kann. Dieses Papier enthält neben der Rechtfertigung von Präventivkriegen auch den Ersteinsatz von taktischen Atomwaffen zu deren Unterstützung, z.B. wenn die NATO-Atomwaffenstaaten andere Staaten davon abhalten wollen, Atomwaffen herzustellen.

Zunehmend Widersprüche

Die von NATO/EU/USA vertretene neoliberale Weltordnung ist jedoch heute weniger fest etabliert als noch vor einem Jahr, denn im Inneren dieser Allianz zeigen sich zunehmend starke Widersprüche: unterschiedliche Einstellungen zu

ANZEIGE

UNRAST-Verlag.de
jour fixe initiative berlin (Hg.)
Krieg
184 Seiten | 16 EUR [D] | ISBN 978-3-89771-490-8
Angesichts der Notwendigkeit die Welt zu verändern, sind es nicht zuletzt ihre Kriege, die uns dazu zwingen, die Wege der Veränderung radikal neu zu denken.
Online oder in allen gut sortierten Buchhandlungen

Rußland sorgen für Ärger, insbesondere wegen der Versuche Washingtons, die Länder des »neuen Europa« für seine Zwecke zu instrumentalisieren und gegen das »alte Europa« auszuspielen. Dieses strebt eine »strategische Partnerschaft« mit Rußland an, was von US-gestützten EU-Neulingen wie Polen, Tschechien und Ungarn blockiert wird.

Zugleich sind die »widerspenstigen Eingeborenen« in Afghanistan für Kriegsstimmung in der NATO verantwortlich. Am Hindukusch, auf dem Friedhof der Imperien, stehen laut Aussagen führender US-Strategen nicht nur die »Glaubwürdigkeit« und »die Zukunft der NATO auf dem Spiel«, sondern auch der Führungsanspruch der Amerikaner über Europa.

Hinzu kommt die derzeitige schwere Krise des Kapitalismus, welche die ideologischen Fundamente der herrschenden neoliberalen Eliten zutiefst erschüttert. Die weitreichenden Folgen lassen sich nur erahnen. »Hier ist eine Weltanschauung kaputtgegangen«, sagte der deutsche Außenminister und Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier am 16. März dieses Jahres. Und laut US-Geheimdienst CIA stellt nicht mehr der »globale Terror« die größte Gefahr für die Sicherheit der Vereinigten Staaten von Amerika dar, sondern die Wirtschaftskrise.

Nicht zuletzt gibt es immer mehr Menschen, insbesondere junge, die die Machenschaften der neuen »Heiligen Allianz« durchschauen und sich der Aufgabe der NATO, die neoliberale Globalisierung militärisch abzusichern, widersetzen.

ANZEIGE

www.kommunisten.eu

NATO-Strategien – gestern, heute und morgen

Es geht wie eh und je um Rußland, den ganzen Osten und um Bodenschätze. **Von Hans-Werner Deim**

Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Es wendet sich an Sie ein ehemaliger Soldat der DDR und des Warschauer Vertrages, d. h. ein funktional-struktureller Gegner der NATO im damaligen Konfliktfeld. Die Gegnerschaft des Warschauer Vertrages zur NATO, aus der in den Schlachten des Kalten Krieges Feindschaft wurde, gewährleistete Stabilität und Frieden in Europa. Heute sollten Worte mit ihrer Beweis- und Überzeugungskraft und nicht Waffen mit glatten und gezogenen Läufen eine derartige Wirkung entwickeln.

Es geht mir um einige kurze Erwägungen zu den NATO-Strategien in der historischen Zeit: gestern, heute und morgen. Strategien haben eine theoretisch-konzeptionelle und eine praktisch-angewandte Seite. Ich wende mich in erster Linie letzterer zu; denn sie hat oder schafft die Möglichkeiten, die Absichten erst zulassen.

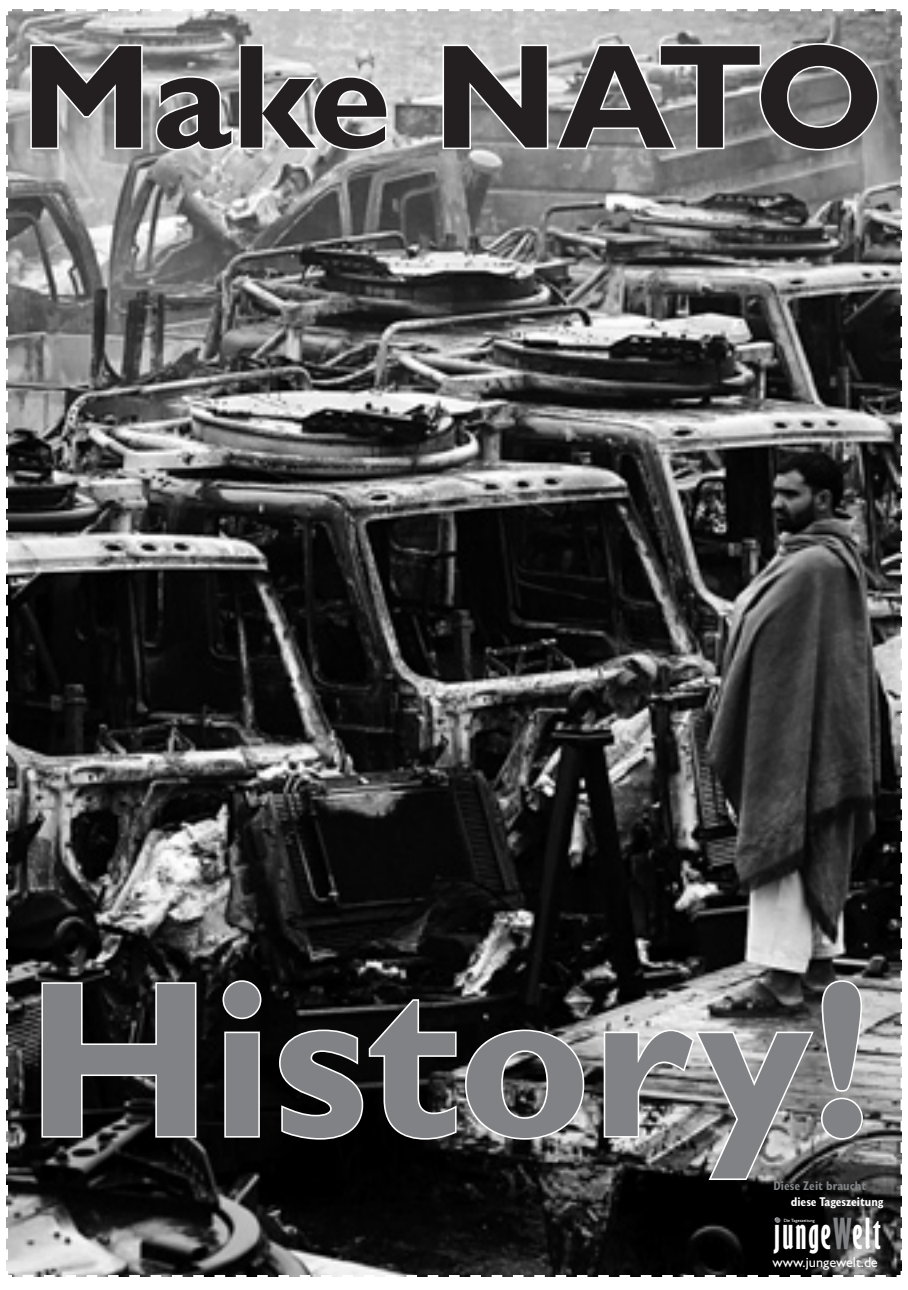
Die NATO ist seit 60 Jahren das Streitkräfte- und Waffenarsenal des Westens. Mit ihm sollten nach den Vorstellungen und Plänen der westlichen Eliten die Völker und Staaten des europäischen Westens vor dem »Ungemach« des Sozialismus bewahrt und die Völker und Staaten des europäischen Ostens aus ihm befreit werden. So ist es in kombinierter Anwendung aller Kampfformen eingetreten, aber die NATO setzt ihre Existenz und Entwicklung trotz getaner Arbeit fort, als gäbe es nur noch für Streitkräfte und Waffen in der Welt und Europa etwas zu tun.

Worum ging und geht es ihr eigentlich? Es erweist sich: nicht hauptsächlich um die Beseitigung der sogenannten Unrechtsregimes sowie die Unterwerfung der Aufmüpfigen, Unbelehrbaren und Andersgläubigen. Es geht wie eh und je um die kontinentale Masse Rußlands und des ganzen traditionellen Ostens sowie, immer mehr, um deren Boden-, Süßwasser- und Kohlenwasserstoffschätze. Um sie kontrollieren und ihre Verwendung bei den absehbaren noch ernsthafteren Prüfungen der Menschheit durch die Natur beeinflussen zu können, sah der Westen es als geboten an, sich ihnen gegenüber in eine immer vorteilhaftere Position zu bringen. Das weite Vordringen der USA und NATO in die Tiefe Eurasiens erinnert zugleich einprägsam an die Zeit der Begründung der Idee eines derartigen euroatlantischen Zusammenschlusses. Das war am Ende des 19. Jahrhunderts der Fall. Die US-Eliten erwogen schon damals mehr als nur die abstrakte Möglichkeit, die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit den kapitalistischen Mutterländern Europas auf den bewaffneten Kampf auszudehnen. Unausweichlich wäre dann der Verbund proamerikanischer Staaten mit den USA geworden, gewissermassen ein Vorläufer der NATO.

Es ging um das Grundproblem und Grundübel der kapitalistischen Formation, Interessen und Zielstellungen mit brachialer Gewalt auch gegen Artgleiche durchzusetzen. Diese Erscheinung hat mehr als 75 Prozent der Kriege der neuen und neuesten Zeit ausgelöst.

Auch in der heutigen Situation handelt es sich um eine die kapitalistische Formation betreffende Lebensfrage: Kann die Konkurrenz zwischen den beiden Kapitalismusmodellen, dem von den USA, Europa und Japan repräsentierten sogenannten demokratischen sowie dem von China und Rußland vertretenen sogenannten autokratischen, zu Kriegen führen?

Die Führungseliten der USA und der NATO sagen offensichtlich dazu: ja! Die Entwicklung und Zukunft des Westens müsse auch mit Waffen und Streitkräften gegen die starken Asiaten und die wieder zu sich kommenden Russen erstritten werden, selbst wenn diese sich für kapitalistische Evolutionsmuster entschieden haben.



Raumgewinn

An vorteilhaften Kampfbedingungen arbeiten die USA und die NATO schon seit Jahrzehnten. Besonders betrifft das Raumgewinn und umfangreiche Kräfteverschiebungen in die eurasische Tiefe. Die NATO vermochte die wichtigsten Nachteile ihrer geostrategischen Lage im Vergleich zum Kalten Krieg und, bei ihrer militärischen Gegenüberstellung zur Russischen Föderation, auch im Vergleich zur Zeit der Planung und Durchführung des Raubkrieges Hitlers gegen die UdSSR wesentlich zu korrigieren.

In der ehemaligen Moskauer Hauptrichtung gibt es einen Raumgewinn von bis zu 700 Kilometern nach Osten. In der Leningrader und wiederum Moskauer Richtung aus dem Baltikum erreicht der Raumgewinn entsprechend 500 bis 300 Kilometer. Um diese Entfernungen wachsen die räumlichen Möglichkeiten für die Dezentralisierung der militärischen Potentiale, ihre Staffelung und Entfaltung. Um diese Entfernungen erhöhen sich die Reichweiten der Großwaffensysteme der NATO. Gorbatschow und Jelzin wurden die billigsten Waffenkonstrukteure der NATO.

Die Verantwortlichen in den Planungsstäben des Pentagon und der NATO könnten »mit größeren Erfolgsaussichten«, als sie den Generalstabschefs Napoleons und Hitlers, dem französischen Marschall Berthier und dem Wehrmachtsgeneraloberst Halder, beschieden waren, zu Werke gehen. Die nun quasi zu Grenzstädten degradierten St. Petersburg und Moskau könnten in die nächsten strategischen Zielabschnitte eingegliedert werden. Auch »die allgemeine Linie Wolga – Archangelsk …«, wie in Hitlers Direktive Nr. 21, »Fall Barbarossa«, vom 18. Dezember 1940 festgelegt, könnte als Anregung für die weiteren strategischen Aufgaben dienlich werden.

Neue Hauptgegner

Eine der markantesten Folgen der Globalisierung der NATO besteht in der Verlagerung des Schwerpunktes ihrer militärpolitischen und militärischen Tätigkeit. Das hat sie zur Schwenkung ihrer besonderen Aktivitätsachse aus dem Zentrum Europas um etwa 4500 Kilometer nach Zentralasien genötigt. Aus dieser neuen Position umfaßt sie tief den postsowjetischen Raum. Die NATO ist bei Vorhandensein ausreichender operativer Flugplätze und nach Kräftemanövern nun in der Lage, jedes Zielobjekt auf dem Territorium der Russischen Föderation mit konventionellen Mitteln zu bekämpfen. Diese Fähigkeiten besaßen bisher nur die strategischen Kernwaffenkräfte der USA. Der tiefe Schwenk ist in einer Art und Folgerichtigkeit erfolgt, die selbst westliche Experten überrascht hat.

In der Zeit des Kalten Krieges war die NATO das Kräftereservoir für die strategischen Streitkräftegruppierungen auf den von den USA festgelegten europäischen Kriegsschauplätzen. Unter den veränderten geostrategischen Bedingungen bereiten die USA die Länder der NATO darauf vor, ihre langfristigen Hauptgegner in China und der ihm vorgelagerten arabisch-islamischen Welt zu sehen. Rußland bleibt für sie ein »unsicherer Patron«. Gegen ihn bietet das konventionelle NATO-Potential so viele Truppen, Kräfte und Waffen auf, daß sie den Streitkräften der Russischen Föderation in deren europäischem Landesteil erdrückend überlegen sind.

Gegen die arabisch-islamische Welt und China braucht man neue Kräfte und Mittel. Der dazu ausgelöste militärpolitische Prozeß nahm 1991 seinen Anfang. Die USA und die NATO nutzten jede sich bietende Gelegenheit und jeden Vorwand – darunter Durchsetzung von Menschen- und Minderheitenrechten, Freiheit und Demokratie, Antiterrorkampf und Entwaffnung – um konzentrierte militärische Gewalt auszuüben. Auf diese Weise sind sie dabei, auf dem Weg über den Balkan und den Nahen Osten neue Potentiale für das neue geostrategische Zentrum im Raum des Dreiländerecks Afghanistan, Pakistan und China bereitzustellen.

Die USA und der Nordatlantikpakt legten nach dem Kalten Krieg den NATO-Streitkräften nicht mehr die strategische Berechnungsgröße Felddivision, sondern Feldkorps zugrunde. Was einem Korps an operativen und Gefechtsmöglichkeiten potenziell entspricht, wird als Korpsäquivalent bezeichnet.

Die NATO unterhält seit dem Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert neun und unter Einbeziehung des Euro-Korps zehn ihrer zahlreichen Feldkorps in Bereitschaft zum sofortigen oder in kurzer Zeit vollziehbaren Gefechtseinsatz. Fünf,

Fortsetzung auf Seite vier O

Generalmajor a. D. Hans-Werner Deim, Jg. 1934, war u. a. Stellvertreter des Chefs des Hauptstabes der Nationalen Volksarmee der DDR (NVA) und zuletzt Leiter des Planungsstabes im Ministerium für Abrüstung und Verteidigung der DDR. Er trug diesen Beitrag auf der Konferenz des Europäischen Friedensforums (epf) »Nein zur NATO – Nein zum Krieg« am 14. März in Berlin vor.

no nato
Internationaler Kongreß »No to NATO – No to War« in Illkirch-Graffenstaden, Centre Sportif, 24, Rue Lixenbuhl
Freitag, 3. April, ab 10 Uhr und Sonntag, 5. April, ab 10 Uhr
Internet: www.no-to-nato.org/de/kongress-3-50409/, E-Mail: kongress@ialana.de

ANZEIGE

no nato

Infoveranstaltungen von BLOCK NATO auf dem Camp in Strasbourg-Neuhof (207 Rue de la Ganzau), 3. April, 14 Uhr. Vorstellung des Blockadekonzepts. Internet: www.block-nato.org

O *Fortsetzung von Seite drei*

unter Einbeziehung des Euro-Korps sechs, sind für die alte Hauptrichtung Moskau und vier für die Südostrichtung bestimmt. In der strategischen Rollenverteilung und Aufstellung ist besonders in den letzten eineinhalb Jahrzehnten folgende gravierende Änderung herbeigeführt worden: Die strategische Hauptrichtung der NATO bilden nicht mehr die sechs Einsatzkorps in der Ostrichtung, sondern elf Korps und Korpsäquivalente in der Südostrichtung. Nach militärischen Operationen und Einsätzen beließen die USA und die NATO große Teile der Truppen und Kräfte in den Handlungsräumen. Sie senkten deren Personalstärke und Kampfbestand. Das ist nicht so wesentlich! Die können wieder schnell herangekarrt werden. Entscheidend für die zukünftige Funktion dieser Räume und Richtungen ist die ständige Arbeit der Stäbe an der Erhöhung ihrer operativen Verwendbarkeit sowie infrastrukturellen und logistischen Weiterentwicklung, wofür die US-Basis Bondsteel im Kosovo und die zahlreichen Basen im Irak Beispiele sind.

Die Zahl der Korpsäquivalente in der Südostrichtung wuchs nach den lokalen Kriegen und bewaffneten Konflikten gegen schwache oder vorher geschwächte Gegner wie folgt an:
– seit 1991 eins an der Westküste des Persischen Golfes (nach Desert Storm)
– seit 1995/1996 eins in Bosnien
– seit 1999 eins im Kosovo
– seit 2001 eins, bald aber zumindest zwei in Afghanistan
– seit 2003 drei im Irak, ab 2010 nur noch ein oder zwei (Woraus sich ergibt, daß Barack Obama vorerst Truppen aus dem Irak nur nach vorne schiebt!).

In der Öffentlichkeit tritt die NATO als dem Frieden und der Humanität verschworene Gemeinschaft auf. Deshalb versteckt sie ihr militärisches Potential hinter neuen »zeitgemäßen Konzeptionen mit neuen operativen Komponenten«. So kann leicht in Vergessenheit geraten, daß allein in Europa an die NATO-Strukturen folgendes Potential gebunden ist: mehr als 20 000 Panzer, 30 000 gepanzerte Gefechtsfahrzeuge, 20 000 Feldartilleriesysteme, etwa 7 000 taktische Kampfflugzeuge, 2 000 Kampfhubschrauber und mehr als 800 Kampfschiffe.

Die neuen operativen Komponenten sind laut offiziellen Verlautbarungen auf Krisen orientiert, haben aber einen engen Bezug zum umfassenden bewaffneten Kampf, für den das genannte militärische Potential bereitgehalten wird. Diese Komponenten sind aus militärstrategischer Sicht Elemente der Gesamtstreitkräftegruppierung der NATO. Als solche obliegt ihnen auf allen drei Ebenen, der strategischen, operativen und taktischen, die operative und gefechts-mäßige Sicherstellung der Entfaltung der den Ebenen entsprechenden Hauptkräfte. Daher gehören zu diesen Komponenten folgerichtig:
1. Die bereits vorgestellten zehn »Öffentlichkeitskorps« der schnellen Reaktion für die Deckung der Entfaltung der Gesamtgruppierung der NATO-Streitkräfte.
2. Die »Multinationalen operativen Kräfte« in der Unterstellung der neugeschaffenen drei operativen Kommandos »Nord«, »West« und »Süd«, in die Kontingente von Nicht-NATO-Staaten in die Kräftegruppierungen der NATO einbezogen und so Reibereien zwischen Führungsinstanzen der NATO und der EU verhindert werden können. Sie sind geeignet für Vorhutfunktionen in jeder der drei strategischen Richtungen.
3. Die »Kräfte der erstrangigen Verwendung«, jeweils mit dem Potential einer verstärkten Feldbrigade, mit denen geeignete Bedingungen für die Entfaltung von Korps beliebiger Bestimmung geschaffen werden können.
4. Das angeblich von der NATO unabhängige europäische Projekt zur Bildung von taktischen Kampfgruppen, jeweils mit dem Potential ehemaliger Linienregimenter, anfangs sollten es bis 2008 13 sein, neuerdings werden bis 2010 18 solcher Kampfgruppen angestrebt; auch sie eignen sich für die Erfüllung von Vorhutaufgaben, aber im Interesse taktischer Kräftegruppierungen.

US-Standards

Im Kalten Krieg setzten sich die USA und die NATO gegen die UdSSR und deren Verbündete durch. In dem von Bush jr. inszenierten und unter Obama noch währenden warmen Krieg haben sich die USA und die NATO vorwiegend gegen den »kriegerischen und unberechenbaren Islam« sowie das »gewaltige und geheimnisumwitterte China« verschworen. Das werden auch die Etappen dieses Krieges sein. Also befinden wir uns in seiner ersten Etappe. Mit ihr sollen die Ausgangs- und Entfaltungsräume für zukünftige militärische Eingriffe in China und auch Rußland vorbereitet sowie ein Landkorridor nach Zentralasien geschaffen werden. Die letzte Aufgabe aber steht und fällt mit der Erweiterung der Kontrolle des Iraks auf den Iran durch die USA oder einen ihnen hörigen Staat.

Aus der Geschichte der NATO bleibt erwähnenswert und könnte auch der Friedensbewegung wieder hilfreich werden, wie die Europäer bei der Erörterung der Vorgaben der USA für die gemeinsame Strategie Eigenständigkeit und Identitätswillen bekundeten. Sie waren z. B. erst 1967 bereit, die für die USA seit 1961 verbindliche »Strategie der flexiblen Reaktion« zu übernehmen. Sie ließen sich nicht davon abhalten, an ihr bis zum Ende des Kalten Krieges festzuhalten, obwohl die USA ihnen ihre drei Folgestrategien »Realistische Abschreckung«, »Direkte Konfrontation« und »Konkurrenz« empfahlen. Mit ihnen begannen die USA, regionale Kriege vor den globalen zu bevorzugen. Dieser Umstand brachte sie bei den Europäern in Verdacht, Kriege zwar inszenieren, aber das eigene Territorium nicht von Kriegshandlungen berühren und die Europäer in ihrer Region alles ausbaden lassen zu wollen. Die Standpunkte der europäischen NATO-Mitglieder tendierten zu der eigentümlichen und keineswegs rühmlichen Logik: Wenn ihr Amerikaner einen Krieg braucht, dann nehmt gleich den großen Knüppel, dann kann es nur der große Krieg sein und nicht der kleine bei uns. Wo die Europäer mit den Amerikanern nicht anders zurechtkamen, machten sie es sich einfach und fanden nur andere Begriffsinterpretationen, so u. a. für Krieg den Begriff Konflikt, für eigenständige Kriegsarten unter den Bedingungen des Einsatzes nuklearer und konventioneller Waffen den Begriff Eskalationsstufen des einen umfassenden Krieges.

Zwischen den drei strategischen NATO-Konzeptionen von 1967, 1991 und der noch heute gültigen von 1999 gibt es keine gravierenden Unterschiede. Die vorhandenen erlauben es aber, die Ausrichtung der praktischen Handlungen der Allianz für zehn bis 15 Jahre vorauszusehen. Nach dem Kalten Krieg haben sich in der NATO nun uneingeschränkt entsprechende Standards der USA durchgesetzt. Das betrifft besonders:
– die Gewährleistung der Sicherheit in der erweiterten nordatlantischen Region,
– die Betonung der Offenheit der Allianz für neue Mitglieder,
– den Verzicht auf die Forderung nach Reduzierungen des Personals und Kampfbestandes,
– die Bereitschaft, besonders seit 2001, zum Verzicht auf militärpolitische Eigenständigkeiten und eigenständige NATO-Kriege zugunsten der Nutzung der europäischen Potentiale und Ressourcen durch die USA, – die Akzeptanz, nun als Gegenleistung durch die USA, der Priorität von zwei Kriegsarten: des globalen Kernwaffenkrieges und des begrenzten konventionellen Krieges.

Die gegenwärtige Koalitionsstrategie gewährleistet die Erweiterung des Einflusses in der Welt und wachsende Möglichkeiten der Gewaltandrohung und –anwendung durch den Westen. Obwohl viel von der Transformation der Allianz geredet wird, ist an ihre Umwandlung von einer militärpolitischen in eine politisch-militärische Organisation nicht zu denken.

In der Auseinandersetzung mit den USA über deren Kriegsabenteuer haben sich zwischen der US-Militärschule und europäischen Militärschulen, wie der französischen, russischen, britischen und zum Teil auch der deutschen, Unterschiede, Unstimmigkeiten und Widersprüche herausgebildet. Auch das könnte für die Friedensbewegung Bedeutung erlangen. Europäer in zunehmender Zahl sehen in der Art der Begründung, Vorbereitung und Durchführung von Kampfhandlungen nicht wie die Amerikaner die Demonstration von US-Lebenskraft, sondern Zeichen der Entartung und des Kults des Faustrechts. Als Krisenerscheinungen im Militärwesen werden angesehen:
– unzureichende Planungen und Prognosen des Handlungsverlaufes,
– die Ignoranz des Verständnisses des bewaffneten Kampfes als vielseitiger und komplexer Erscheinung,
– die Verabsolutierung der episodenhaften Wirkung modernster konventioneller Waffensysteme und die Extrapolierung verbindlicher Tendenzen der Entwicklung des Militärwesens aus ihr,
– die Überbewertung des gegen schwache Gegner unzureichenden und gegen starke Gegner ungeeigneten Modells der »kontaktlosen Präventivkriegs- und Kampfführung«.

Abgeklärtheiten in diesen Fragen werden auch nächstens nicht zu erwarten sein.

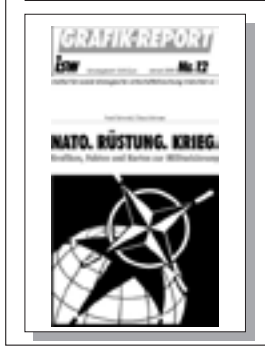
Unter Zugzwang

Wie wir sehen, ist die Welt nach dem Kalten Krieg instabiler und auch wegen der NATO gefährlicher und unübersichtlicher geworden. Heute ist die Gefahr nicht gering, daß die USA und manche ihrer Verbündeten den Ausweg aus der Systemkrise in beschleunigter Aufrüstung und Kriegen suchen. Die Frage »Was tun?« verlangt bündige Antwort. Sie muß tendieren zur grundlegenden Qualifizierung der Weltpolitik und des Völkerrechts, über die neue Sicherheitsmechanismen entstehen, die solchen Organisationen wie der NATO die Existenzberechtigung und -möglichkeiten nehmen.

Die Weltgemeinschaft steht unter Zugzwang. Für diese Arbeit stehen im besten Falle nur noch ein bis zwei Jahrzehnte zur Verfügung, bis die USA und die NATO sich in die Lage versetzt haben, auch gegen starke Gegner zuzuschlagen. Die Arbeit an den Grundlagen einer sicheren und hoffnungsvolleren Welt müßte im strategischen Dialog und in strategischer Partnerschaft aller mit allen geleistet werden. Durch den russischen Präsident Dmitri Medwedew gibt es dafür einen guten Auftakt!

ANZEIGEN

isw **analysen. fakten. argumente.**
institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.



In acht Abschnitten (Welt in Waffen / 60 Jahre Nato / Bundeswehr in aller Welt / Globalisierung und Krieg / Ressourcen-Imperialismus / Rüstung und Profit / Folgen von Rüstung und Krieg / Alternativen) und 52 Seiten-Kapiteln liefert dieser Grafik-Report Karten, Karikaturen, Grafiken, und Kurztexte mit den wichtigsten Fakten und Argumenten zu Nato und Bundeswehr, zu Globalisierung und Krieg, Rüstung und Profit und vielem mehr.

isw-Grafik-Report 12
Januar 2009 / 56 Seiten / farbig / 6 EUR zzgl. Versand

isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.
Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München, fon 089-130041, fax 1689415
isw_muenchen@t-online.de
alle isw-Publikationen und weitere Infos **www.isw-muenchen.de**

Drehscheibe für den Krieg

Weshalb die Bundesrepublik Deutschland für die NATO so überaus wichtig ist? **Von Karl Rehbaum**

Nach dem Ende der Blockkonfrontation und dem Abzug der sowjetischen/russischen Streitkräfte aus Deutschland ist die Bundesrepublik nur noch von Freunden »umzingelt«. Wie der Warschauer Vertrag hätte sich die NATO ebenfalls, da die vermeintlichen Ursachen ihrer Existenz nicht mehr vorhanden waren, auflösen müssen. Bekanntlich geschah dies nicht, man suchte und fand ein neues strategisches Konzept und eine Begründung für weltweite Interventionen zur Sicherung von Rohstoffquellen etc. Man unterzog sich aber auch nicht der Mühe, den Nordatlantikvertrag der neuen Strategie anzupassen. Die NATO ist weiter ein Instrument der USA zur Verwirklichung ihrer globalen aggressiven Ziele, wenn die europäischen NATO-Staaten auch immer mehr eigene Ziele verfolgen.

Im Rahmen der globalen Strategie der USA hat die BRD eine außerordentlich wichtige Funktion. Weltweit gibt es in Deutschland die meisten Militärstützpunkte der USA, außerdem noch solche von Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden. Deutschland hat mit 64 000 US-Militärangehörigen die höchste Truppenstärke der US-Streitkräfte in Europa, ist logistische Drehscheibe für die Aggressionen im Irak, Afghanistan und auf dem Balkan. Ohne die »Basis Deutschland« hätten die US-Streitkräfte erhebliche Schwierigkeiten, ihre Kriege logistisch und anderweitig zu gewährleisten. Deutschland ist nicht nur Drehscheibe für Truppen- und Waffentransporte, für die medizinische Versorgung verwundeter US-Militärs, die BRD ist bzw. war auch Basis für Bombereinsätze und ermöglichte CIA-Gefangenenflüge.

Die Position Deutschlands für die NATO, aber insbesondere für die USA, wird deutlich, wenn man die US-Hauptquartiere und Kommandozentralen näher betrachtet. Hier die wichtigsten Standorte:

1. Hauptquartier der US-Streitkräfte in Europa (US-EUCOM) in Stuttgart-Vaihingen. Der Oberbefehlshaber ist zugleich der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte Europa (SACEUR)
2. Hauptquartier der US-Streitkräfte für Afrika (US-AFRICOM) in Stuttgart-Möhringen
3. Hauptquartier der US-Landstreitkräfte Europa (USAREUR) in Heidelberg
4. Hauptquartier des US-Marine Corps Force Europe (USMARFOREUR) in Böblingen
5. Hauptquartier der US-Luftstreitkräfte Europa in Ramstein
6. Hauptquartier der US-Spezialkräfte (Spezial Operations Command Europe) in Stuttgart-Vaihingen
7. Militär-Lazarett in Landstuhl (das größte Lazarett außerhalb der USA)

Zu erwähnen sind auch die auf dem Bundeswehr-Flugplatz Büchel (Jagdbombergeschwader 33) stationierten US-Atomwaffen, der Truppenübungsplatz Grafenwöhr und die Airbase Spangdahlem. Der Truppenübungsplatz und die Airbase haben einen direkten Bezug zur Kriegsführung der USA im Nahen Osten.

An fremden Streitkräften bzw. gemeinsamen militärischen Kommandos gibt es in Deutschland außerdem:

1. NATO-AWACS-Airbase in Geilenkirchen
2. NATO-Hauptquartier des Allied Rapid Reaktions Corps in Mönchengladbach-Rheindahlen
3. Hauptquartier der britischen Landstreitkräfte in Deutschland in Mönchengladbach-Rheindahlen
4. Deutsch-französische Brigade in Müllheim
5. Deutsch-niederländisches Corps in Münster
6. Multinationales Corps Nord-Ost (Streitkräfte von Deutschland, Polen, Dänemark) in Szczecin

Insgesamt zahlt der deutsche Steuerzahler jährlich mehr als eine Milliarde Euro als Kosten für ausländische Truppen und Standorte.

Um dieser NATO-Politik Einhalt zu gebieten, bedarf es gemeinsamer Initiativen aller NATO-Gegner. Auf Deutschland bezogen gibt es eine ganze Reihe von Forderungen, die den Wirkungskreis der NATO einschränken und die NATO überflüssig machen könnten. Dazu zählen:

1. Verhinderung neuer Truppenübungsplätze (z. B. das Bombodrom bei Wittstock)
2. Abzug der Atomwaffen vom Flugplatz Büchel
3. Auflösung der völlig überflüssigen Kommandostrukturen wie die deutsch-französische Brigade, das deutsch-niederländische Corps und das multinationale Corps Nord-Ost
4. Verhinderung der Militarisierung der Europäischen Union
5. Rückzug aller deutschen Truppenkontingente aus dem Ausland
6. Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland
7. Austritt Deutschlands aus der NATO
8. Ersatzlose Auflösung der NATO
9. Schaffung einer europäischen Konföderation, unter Einbeziehung aller europäischen Staaten

Karl Rehbaum, Oberst a.D., war von 1955 bis 1990 Mitarbeiter des MfS. Von 1955 bis 1965 war er in der Abwehr tätig, ab 1965 in der HVA. Sein Beitrag ist dem gerade erschienenen Buch »Stopp NATO! 60 Jahre NATO, 60 Jahre Bedrohung des Friedens« (Verlag Wiljo Heinen) entnommen.

no nato
Blockaden zur Behinderung des NATO-Gipfels in Baden-Baden, 3. April, ab 6 Uhr, Demonstration ab 11 Uhr. Internet: www.block-nato.org

ANZEIGE

Bundeswehr abschaffen!
Mörder soll man Mörder nennen
Uran-Geschosse
BUNDESWEHR ABSCHAFFEN!
Broschüren zu bestellen bei:
http://www.bundeswehrabschaffen.de
DFG-VK Postfach 1426 24904 Flensburg

ANZEIGE

PapyRossa Verlag | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln
Tel. 0221-448545 | Fax 0221-44 43 05 | mail@papyrossa.de | www.papyrossa.de

Kurt Pätzold / Manfred Weißbecker
Geschichte der NSDAP
1920 bis 1945 | Hardcover | 570 S. | EUR 28.-

Die einzige Gesamtdarstellung zur Geschichte der NSDAP in deutscher Sprache. Jetzt in verbesserter und ergänzter Neuauflage. Es geht um die Millionen Deutschen, ohne deren Zutun der Aufstieg der NS-Führer in die Staatsmacht und der Weg in Krieg und Völkermord nicht möglich gewesen wären, aber ebenso um die politischen Interessen, die zur faschistischen Diktatur führten. Dies mündet unweigerlich in die Frage nach dem Verhältnis der gesellschaftlichen Eliten zu Hitler und seiner Partei.

Werner Biermann / Arno Klönne
Ein Spiel ohne Grenzen
Wirtschaft und Weltmacht in Deutschland seit 1871 | 293 S. | 17,90

Nach der zweiten Kriegsniederlage schien in Deutschland der imperiale Traum ausgeträumt. Doch die alten Machteliten kamen in der BRD schnell wieder in Amt und Würden. Eingebunden in die »westliche Wertegemeinschaft« schienen sie sich mit der Rolle einer »Mittelmacht« zu begnügen. Als sich aber nach 1990 neue Chancen auftaten, wurden diese entschlossen genutzt. Werner Biermann / Arno Klönne klären über Kontinuitäten auf, die sonst gerne ausgeblendet werden.

Rolf Verleger
Israels Irrweg
Eine jüdische Sicht | 2., aktualisierte Aufl.| Br. | 183 S. | EUR 12,90

Rolf Verleger, Mitglied im Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland, beschreibt seine jüdischen Wurzeln, umreißt die Geschichte des Zionismus und wendet sich entschieden gegen die gegen die Palästinenser gerichtete »Gewaltpolitik Israels«. Deren vorbehaltlose Unterstützung durch die Bundesregierung hält er für ebenso verantwortungslos wie die leichtfertige Abwehr jedweder Kritik als »antisemitisch«. Die Neuauflage wurde ergänzt um drei Kapitel zum Krieg gegen Gaza.

Georg Fülberth
»Doch wenn sich die Dinge ändern« – Die Linke
2., akt. Aufl. | Brosch. | 175 S. | EUR 12,90

»Die Linke« versucht, das Vakuum zu füllen, das durch die Auflösung des Wohlfahrtsstaates der BRD wie des Realen Sozialismus der DDR entstanden ist. Georg Fülberth beschreibt die Entwicklung der SPD seit Schröder und die Geschichte von PDS und WASG als Grundlagen für die Entstehung der PdL. Und er fragt nach deren Verlässlichkeit in der Opposition gegen Marktradikalismus und neue deutsche Weltpolitik. Die Neuauflage umfasst auch die hessischen Landtagswahlen 2009.

Lucas Zeise
Ende der Party
Die Explosion im Finanzsektor | 2., akt. Aufl., Brosch. | 206 S. | EUR 14,90

Allgemein verständlich schildert Lucas Zeise die Ursachen der Finanzkrise und ihre Folgen für die Weltwirtschaft. Besonderes Augenmerk widmet er der weltweiten Deregulierung als wesentlicher Krisenursache. Er schildert, wie Banken und Politik mit der Krise umgehen und die Verluste zu »sozialisieren« versuchen. Dass der Finanzsektor neu geordnet werden muss, liegt auf der Hand. Lucas Zeise weist nach, dass eine effektive öffentliche Kontrolle so notwendig wie möglich ist.

PapyRossa Verlag | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln
Tel. 0221-448545 | Fax 0221-44 43 05 | mail@papyrossa.de | www.papyrossa.de

Austreten statt auflösen

Neue Kampagne: Deutschlands NATO-Mitgliedschaft beenden

Der Deutsche Freidenkerverband und mehrere andere Antikriegsgruppen kritisieren die in der Friedensbewegung und bei linken Parteien dominierende Forderung nach »Auflösung« der NATO. Sie plädieren für eine Kampagne zum Rückzug der Bundesrepublik Deutschland aus dem NATO-Pakt und den Militärstrukturen der EU. »Propagieren wir beharrlich das Ziel, daß einzelne Mitgliedsländer sich einseitig aus den Strukturen der NATO zurückziehen. Jede Schwächung der NATO stärkt die Kräfte des Friedens und Fortschritts in der ganzen Welt«, heißt es in einer zum Jubiläumsgipfel des Kriegspaktes veröffentlichten Stellungnahme. *junge Welt* dokumentiert sie in Auszügen.

Erstunterzeichner: Deutscher Freidenker-Verband e.V., Initiativ e.V., Antiimperialistische Koordination, Vereinigung für Internationale Solidarität (VIS) e.V., Arbeitskreis Marburger WissenschaftlerInnen für Friedens- und Abrüstungsforschung, Arbeiterfotografie – Forum für engagierte Fotografie
Vollständiger Wortlaut: www.neinzurnato.de

1. Die NATO kann nur dadurch aufgelöst werden, daß einzelne Mitgliedstaaten einseitig austreten. Der Austritt Deutschlands aus der NATO könnte auch schrittweise erfolgen, indem Deutschland zunächst seine Streitkräfte aus den Befehlsstrukturen der NATO zurückzieht und in den Gremien der NATO eine »Politik des leeren Stuhls« betreibt, bis schließlich das Ausscheiden Deutschlands durch einseitige Kündigung des NATO-Vertrags vollzogen wird.

2. Die Weltmachtpolitik der USA hat zu einer schwerwiegenden Korrumpierung der Vereinten Nationen geführt. Der Sicherheitsrat wurde zu einem Instrument der Rechtfertigung von Angriffskriegen, der Perversion internationaler Strafjustiz und der Errichtung neokolonialer Regimes degradiert. Das Geheimabkommen der Generalsekretäre von NATO und der UNO vom Herbst 2008 ist nur ein Beispiel dafür, wie Deutschland durch seine NATO-Mitgliedschaft in eine Politik eingebunden wird, durch die das System der kollektiven Sicherheit, das in der UN-Charta verankerte ist, außer Kraft gesetzt wird. Bundeswehreinsätze »mit UN-Mandat« wären unter diesen Umständen nichts als ein Täuschungsmanöver gegenüber der Öffentlichkeit. Daher muß eine Kampagne für den Austritt Deutschlands aus der NATO zugleich das Konzept einer grundlegend anderen deutschen Außenpolitik vertreten, das unter anderem die aktive Förderung der Vereinten Nationen in ihrer Funktion als kollektives Sicherheitssystem und die strikte Einhaltung des modernen Völkerrechts beinhaltet sowie eine verstärkte Zusammenarbeit mit solchen Ländern vorsieht, die Sicherheit nicht durch Militärpakte anstreben und sich aktiv für die Herausbildung eines multipolaren Staatensystems einsetzen.

3. Der deutsche Austritt aus der NATO würde eine drastische Reduzierung der Streitkräfte Deutschlands auf die Bedürfnisse der Landesverteidigung ermöglichen, was wiederum die unerläßliche Begleitmaßnahme der Aufkündigung der kriegstreiberischen »Bündnisverpflichtungen« sein muß.

4. Zugleich mit dem deutschen Austritt aus der NATO ist auch die Auflösung der Militär- und Sicherheitsstrukturen der EU anzustreben, die sowohl als verlängerter Arm der NATO unter der Vorherrschaft der USA als auch als Vehikel europäischer Großmachtambitionen in Rivalität zu den USA funktionieren.

5. Indem wir uns für ein Deutschland einsetzen, das von den Zwängen der Mitgliedschaft in einem aggressiven Militärpakt befreit ist, unterstützen wir zugleich den Kampf für die nationale Selbstbehauptung in Ländern, die von den NATO-Mächten bedroht sind, wie umgekehrt der Widerstand in diesen Ländern gegen Angriffskriege und fremde Besatzung die weltpolitischen Bedingungen für eine grundsätzliche Infragestellung der deutschen NATO-Mitgliedschaft günstig beeinflußt.

Argumente für den Austritt

Die Friedenskräfte und die latent pazifistische Stimmung in Deutschland werden nur in dem Maße Einfluß auf politische Entscheidungen gewinnen können, wie größere Massen von einfachen Menschen sich aufgrund ihrer persönlichen Interessen von der Notwendigkeit und Möglichkeit der Einwirkung auf die Außenpolitik überzeugen und aktiv werden. Hierzu bedarf es geduldiger unabhängiger Information und Aufklärung. Der prinzipielle Kampf gegen die deutsche NATO-Mitgliedschaft bietet eine einzigartige Chance, Vorstellungen von einer alternativen Außenpolitik zu vermitteln, die an den Interessen der gewöhnlichen Menschen orientiert ist. Nicht erst seit dem 60. Jahrestag der NATO fragen sich die Menschen: Wem nützt die NATO-Mitgliedschaft des eigenen Landes außer der kleinen Minderheit der Milliardäre und ihrem Herrschaftssystem? Womit ist die Rüstung gerechtfertigt, die von den NATO-Mächten immer weiter vorangetrieben wird und wertvolles Volksvermögen verschlingt? Wohin führt eine Politik, welche mittels der NATO-Strukturen die Interessen einer kleinen Geldmachtelite gegen die Mehrheit der Weltbevölkerung durchsetzen will? Warum wird das universelle Ordnungssystem der Vereinten Nationen von den NATO-Mächten entweder mißachtet oder mißbraucht? Warum müssen die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Steuergeldern und dem Verlust von politischen und sozialen Rechten für die imperiale Politik der NATO-Mächte bezahlen?

Mancher mag einwenden, es sei unrealistisch, ein Ausscheiden Deutschlands aus einem Bündnis anzustreben, das die 26 wichtigsten Staaten des »Westens« umfaßt und als unverzichtbarer Garant von »Sicherheit« dargestellt wird. Kämen solche Bedenken sogar aus der Friedensbewegung, so wäre dagegen zu fragen, wie wirklichkeitsnah denn friedenspolitische Aktivitäten sind, die nicht konsequenterweise die deutsche NATO-Mitgliedschaft in Frage stellen. Ist es nicht die Verkettung der deutschen Politik mit der NATO und der dominierenden Supermacht USA, welche den reaktionärsten und aggressivsten Elementen des deutschen Establishments Vorschub leistet? Würde sich beispielsweise ein deutscher »Verteidungs«minister ohne NATO-Komplizenschaft zu der Behauptung verstiegen haben, Deutschland sei »am Hindukusch zu verteidigen«? Die Militarisierung der deutschen Außenpolitik wäre seit dem Ende des Kalten Krieges ohne die verstärkt betriebene Koppelung an NATO und EU-Militärstrukturen überhaupt nicht möglich gewesen. Deshalb halten wir es für entscheidend wichtig, Kritik an NATO-Politik und am deutschen Weltmachtstreben im Einzelnen mit der grundsätzlichen Verurteilung der Zugehörigkeit Deutschlands zum aggressiven NATO-Pakt zu verbinden. Die moralisch und logisch einzig schlüssigen Forderung lautet daher: Deutschland raus aus der NATO!

Seit dem 11. September 2001 hat nichts die US-Strategie des »Krieges gegen den Terror« und des »kreativen Chaos« im »Größeren Mittleren Osten« so sehr ins Straucheln und in Verruf gebracht wie der opferreiche nationale Widerstand der Bevölkerungen in Irak, Afghanistan, Palästina und Libanon. Den politischen Vorstellungen und Zielen dieser Kräfte Beachtung zu verschaffen, ist das Gebot der internationalen Solidarität. Antimilitarismus und internationale Solidarität gehören zusammen wie zwei Beine eines Körpers. Diesen Zusammenhang zu mißachten, bedeutet, auf beiden Beinen zu hinken.

Die »Auflösung« oder »Abschaffung« der NATO wäre eigentlich 1991 mit dem Zerfall der Sowjetunion und des Warschauer Paktes fällig gewesen. Heute helfen solche Losungen nicht weiter. Sie suggerieren den utopischen Fall einer irgendwie zu bewirkenden gleichzeitigen Veränderung der Politik der NATO-Regierungen. Derartige Vorstellungen sind nicht nur utopisch; sie können auch vom Kampf für die einseitige Herauslösung aus dem Bündnissystem ablenken. Der Kampf für die nationale Selbstbestimmung und außenpolitische Handlungsfreiheit unter demokratischer Kontrolle kann in Deutschland wie in jedem anderen Land nur im nationalstaatlichen Rahmen geführt werden.

no nato

Blockaden zur Behinderung des NATO-Gipfels in Strasbourg, 4. April, ab 6 Uhr, Treffpunkt: Université Marc Bloch, Rue de l'Université. Internet: www.block-nato.org
Infotelefon für 4. April (besetzt ab den frühen Morgenstunden): +49-1577-1386024

ANZEIGE

Konstantin Brandt / Karl Rehbaum / Rainer Rupp / GRH e.V. (Hrsg.)

STOPP NATO!

60 Jahre NATO – 60 Jahre Bedrohung des Friedens

Seit ihrer Gründung ist die NATO vor allem eines: Die größte Bedrohung des Friedens und der Freiheit in der Welt.

Friedensfreunde aus Ost und West, kenntnisreiche und engagierte NATO-Gegner, ehrenamtliche sowie einst hauptamtliche, sind hier versammelt. Sie liefern einen Einblick in Ziele, Politik, Strategie, Taktik und Aktionen des imperialistischen Paktes heute und im Laufe der letzten 60 Jahre. Und sie berichten von den Anstrengungen seiner Gegner.

Mit Beiträgen von Konstantin Brandt, Klaus Eichner, Klaus-Dieter Ernst, Kurt Hartke, Ralph Hartmann, Claudia Haydt, Matthias Klenner, Egon Krenz, Horst Liebig, Horst Männchen, Peter Michel, Eberhard Panitz, Tobias Pflüger, Karl Rehbaum, Rainer Rupp, Elmar Schmähling, Gotthold Schramm, Wolfgang Schwanitz, Gabriele Senft, Fritz Streletz, Peter Strutynski und einem Geleitwort von Hans Bauer.

GET UP, STAND UP!

ISBN 978-3-939828-38-9 Tb., 318 S., 14,00 €

Verlag Wiljo Heinen • Franz-Mehring-Platz 1 • 10243 Berlin • Tel.: 030 / 47 38 02 59

Internet-Laden: www.gutes-lesen.de

ANZEIGE

Die Krise bekämpfen. Sozialpakt für Europa!
Die Verursacher müssen zahlen

Die Finanz und Wirtschaftskrise hat inzwischen die ganze Welt erfasst.

Die Kaufkraft nimmt ab, die Staatschulden steigen, Armut greift um sich. Schuld sind rücksichtslose Banken, Börsenspekulationen und eine Politik, die den Kasino-Kapitalismus erst ermöglicht hat.

Aber die Zeche sollen wir zahlen.

Die Politik muss endlich dafür sorgen, dass die Menschen wieder im Mittelpunkt stehen.

Daher fordern wir:
Ein erweitertes Konjunkturprogramm: Für mehr und bessere Jobs und Ausbildungsplätze, für sichere Arbeitsplätze, für Investitionen in nachhaltige Zukunftstechnologien und für den Verbleib wichtiger Dienstleistungen in öffentlicher Verantwortung.

Für ein soziales Europa, das Armut, Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung aktiv bekämpft und eine gute öffentliche Daseinsvorsorge garantiert.

Kommt am 16.5.2009 nach Berlin!

Die Hauptkundgebung findet um 14.00 Uhr an der Siegessäule statt. Treffpunkte für den Beginn der Demonstration – ab 11.30 Uhr – sind Breitscheidplatz und Hauptbahnhof.

www.dgb-jugend-bb.de

DGB Jugend Berlin-Brandenburg

Der imperiale Pitbull

Bedrohung für die Demokratie: Die NATO ist seit ihren Anfängen offensiv und aggressiv orientiert. Der Pakt ist diplomatie- und friedensfeindlich und in terroristische Operationen verstrickt. **Von Edward S. Herman**

Es ist eines der irreführenden Klischees westlicher Darstellungen der Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg, daß die NATO als defensiver Zusammenschluß ins Leben gerufen wurde, um der Gefahr eines sowjetischen Angriffs auf Westeuropa vorzubeugen. Das ist falsch. Zwar wurde in der westlichen Propaganda die sowjetische Bedrohung hochgespielt, aber viele maßgebliche Staatsmänner der USA und Westeuropas waren sich bewußt, daß eine sowjetische Invasion keine reale Bedrohung darstellte. Die Sowjetunion war verwüstet und, obgleich über eine große Armee verfügend, erschöpft und erholungsbedürftig. Die Vereinigten Staaten saßen auf dem hohen Roß, der Krieg hatte ihre Wirtschaft wieder belebt, sie litten nicht unter Kriegsschäden und hatten in ihrem Arsenal die Atombombe, die sie der Sowjetunion vorgeführt hatten, indem sie eine Viertelmillion japanischer Zivilisten in Hiroshima und Nagasaki umbrachten. Ein Schlag gegen die Sowjetunion, bevor diese sich erholt und Atomwaffen hatte, wurde in Washington immerhin diskutiert, wenn auch zugunsten von »Eindämmung«, Wirtschaftskrieg und anderen Formen der Destabilisierung verworfen. Das Memorandum Nr. 68 des Nationalen Sicherheitsrats der Vereinigten Staaten (National Security Council Report 68, kurz: NSC-68) vom April 1950 forderte unter Beschwörung der großen sowjetische Gefahr ausdrücklich ein Programm der Destabilisierung mit dem Ziel eines Regimewechsels im Land, der schließlich 1991 erreicht wurde.

So erklärte selbst ein Vertreter der harten Linie wie John Foster Dulles damals, im Jahre 1949: »Ich kenne keinen verantwortlichen hohen Mitarbeiter, Militär oder Zivilist, in dieser Regierung oder irgendeiner anderen Regierung, der glaubt, die Sowjetunion plane Eroberung durch offene militärische Aggression.« Aber man achte auf die Formulierung von Dulles: »offene militärische Aggression«. Die Bedrohung bestand eher in möglicher sowjetischer Unterstützung linker politischer Gruppierungen und Parteien in Westeuropa. Senator Arthur Vandenberg, eine treibende Kraft der NATO, erklärte offen, die Funktion des NATO-Militäraufbaus sei »hauptsächlich für den praktischen Zweck, eine angemessene Abwehr gegen innere Subversion zu gewährleisten.« Die viel größere Unterstützung rechter Kräfte durch die Vereinigten Staaten war natürlich keine Hilfe bei innerer Subversion oder eine Bedrohung der Demokratie; nur mögliche sowjetische Hilfe für die Linke fiel in diese Kategorie.

Die nicht-deutschen westeuropäischen Eliten machten sich mehr Sorgen über den deutschen Wiederaufstieg und eine deutsche Gefahr und waren ebenso wie die US-Vertreter mehr darum bemüht, die Macht der Linken in Europa niederzuhalten als besogt um irgendeine sowjetische Bedrohung, und die Vereinigten Staaten drängten die Europäer, ihre Streitkräfte aufzubauen und Waffen von US-Herstellern zu kaufen! Obgleich die sowjetische Militärgefahr wissentlich aufgebauscht, ja sogar erfunden war, war sie doch sehr nützlich, um die Linke in Verruf zu bringen, indem man sie mit Stalin und dem Bolschewismus und einem angeblichen Programm einer sowjetischen Invasion und einer mythischen Welteroberung in Verbindung brachte.

Tatsächlich war der Warschauer Pakt weit mehr ein »defensiver« Zusammenschluß als die NATO. Seine Aufstellung erfolgte zeitlich nach der NATO, war eindeutig eine Reaktion, und zwar eine Struktur der schwächeren Seite mit weniger zuverlässigen Partnern. Und am Ende brach er zusammen, wobei in dem langfristigen Prozeß der Destabilisierung und Demontage des Sowjetregimes die NATO eine wichtige Rolle spielte. Zum einen war die Aufrüstung und Stärke der NATO Teil der US-Strategie, die Sowjetunion dazu zu zwingen, Mittel für Waffen auszugeben, statt sie für die Wohlfahrt, das Glück und die Loyalität ihrer Bevölkerung verfügbar zu machen. Zum anderen leistete sie, indem sie eine echte Sicherheitsbedrohung schuf, der Repression Vorschub, die wiederum der Loyalität im Lande sowie dem Ansehen des Staates im Ausland Abbruch tat. Während der ganzen frühen Periode gaben sich die Sowjetführer die größte Mühe, mit dem Westen eine Art Friedensregelung auszuhandeln, einschließlich der Aufgabe der DDR; aber davon wollten die USA und folglich auch ihre europäischen Verbündeten nichts wissen.

Innere Subversion

Wie gesagt, aus offizieller Sicht der USA – und folglich auch der Großmedien – war nur die sowjetische Einmischung in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg eine »innere Subversion« und daher schlecht und bedrohlich. Doch jenseits einer solchen Orwellschen Welt hätte man eingestehen müssen, daß die USA die Sowjetunion weit überflügelten, indem sie in den Jahren nach 1945 nicht nur »innere Subversion«, sondern auch wirklichen Terrorismus förderten. Die Linke hatte während des Zweiten Weltkrieges an Kraft gewonnen, weil sie tatsächlich gegen Nazi-Deutschland und das faschistische Italien kämpfte. Gegen die sich daraus ergebenden Ansprüche der Linken auf politische Teilhabe und Macht sperrten sich die Vereinigten Staaten mit allen Mitteln, einschließlich direkter Kriegshandlungen in Griechenland und durch massive Finanzierung anti-linker Parteien und Politiker in ganz Europa. In Griechenland unterstützten sie die äußerste Rechte, darunter viele Kollaborateure des Faschismus, und schafften es, ein widerwärtiges rechtsgerichtetes autoritäres Regime einzusetzen. Sie unterstützten weiterhin das faschistische Spanien und akzeptierten das faschistische Portugal als Gründungsmitglied der NATO, wobei Waffen der NATO Portugal halfen, weiter Kolonialkriege zu führen. Und auch anderswo unterstützten die Vereinigten Staaten, die führende NATO-Macht, rechtsgerichtete Politiker und ehemalige Nazis und Faschisten, während sie natürlich behaupteten, pro-demokratisch zu sein und gegen Totalitarismus zu kämpfen.

Am interessantesten war vielleicht die Unterstützung paramilitärischer Gruppen und des Terrorismus durch die USA und die NATO. In Italien unterhielten sie Bündnisbeziehungen mit rechten staatli-

Fortsetzung auf Seite acht O

Edward S. Herman ist emeritierter Professor für Finanzwirtschaft an der Universität von Pennsylvania/USA und Medienanalyst. Eine Langfassung seines Artikels erschien zuerst bei Global Research und Z Magazine. Übersetzung aus dem Englischen: Klaus von Raussendorff

Wer braucht noch die NATO?

www.jungewelt.de

Diese Zeit braucht diese Tageszeitung junge Welt

no nato

Internationale Demonstration »No to War – No to NATO« in Strasbourg, Samstag, 4. April, 13 Uhr in der Nähe der Europabrücke auf französischer Seite. Anschließend Demonstration in Richtung Innenstadt

ANZEIGEN

WIR SIND SCHULD!
Sonderurlaub
6 Wochen Lohnfortzahlung
38-Stunden-Woche
Übernahme Tarifverträge
30 Tage Urlaub nach der Ausbildung
Ergebnisbeteiligungen
MITSCHULDIG?
MITGLIED WERDEN!
Web: jugend.igmetall-bbs.de
Jugend!
Wir sind die Lösung!

BUNDESWEHR ABSCHAFFEN!
Plakate zu bestellen bei:
http://www.bundeswehrabschaffen.de
DFG-VK Postfach 1426 24904 Flensburg

no nato

Ostermarsch Baden-Württemberg, Samstag, 4. April, von Kehl nach Strasbourg. Auftaktkundbegung: 11 Uhr, Marktplatz Kehl. Informationen: www.friedensnetz.de

Anschließend Demonstration in Richtung Innenstadt Strasbourg

O *Fortsetzung von Seite sieben*

chen und politischen Interessengruppen, Geheimgesellschaften wie »Propaganda Due« (P-2) und paramilitärischen Gruppen, die mit Polizeiunterstützung eine von ihnen sogenannten »Strategie der Spannung« betrieben, in deren Rahmen eine Serie terroristischer Aktionen ausgeführt wurden, die man der Linken in die Schuhe schob. Die berühmteste war der Bombenanschlag auf den Bahnhof Bologna im August 1980 mit 86 Toten. Die Ausbildung und Einbeziehung ehemaliger Faschisten und faschistischer Kollaborateure in Operationen von Polizei, CIA und NATO war in Italien außergewöhnlich, aber auch anderswo in Europa durchaus üblich.

Die NATO stand in direktem Zusammenhang mit der »Operation Gladio«, einem von der CIA in Zusammenarbeit mit Regierungen und Sicherheitsapparaten der NATO-Länder organisierte Programm zum Aufbau geheimer Kader und zur Lagerung von Waffen in einer Reihe europäischer Staaten, angeblich zur Vorbereitung auf eine drohende sowjetische Invasion, doch tatsächlich als Bereitschaftsmaßnahme gegen »innere Subversion« und zur Verfügung, um rechte Gruppen zu unterstützen. »Gladio« wurde bei einer Reihe von Gelegenheiten von rechten paramilitärischen Gruppen genutzt, um terroristische Operationen durchzuführen (darunter der Bombenanschlag in Bologna und viele terroristische Vorfälle in Belgien und Deutschland).

ANZEIGE

DAS FEMINISTISCHE BLATT

> 152 Links.
www.wirfrauen.de/links

1 Newsletta.
www.wirfrauen.de/newsletta

> 20 Ausgaben online.
www.wirfrauen.de/archiv

1. Ausgabe 2009: NO TO NATO
www.wirfrauen.de/abo

Auch in Griechenland kamen die Planungen von »Gladio« und NATO 1967 zum Einsatz, um eine »innere Bedrohung« zu bekämpfen, und zwar die demokratische Wahl einer liberalen Regierung. Dagegen wurde der »Plan Prometheus« der NATO vom griechischen Militär in die Tat umgesetzt, indem es die bestehende Ordnung durch eine Folter praktizierende Militärdiktatur ersetzte. Weder die NATO noch die Regierung von US-Präsident Lyndon B. Johnson erhoben Einwände. Während des faschistischen Zwischenspiels kamen andere Gladio-Kräfte aus Italien und anderswoher nach Griechenland zur Ausbildung, um zu lernen, wie man mit »innerer Subversion« umgeht.

Kurz, seit ihren Anfängen erwies sich die NATO als offensiv, nicht defensiv orientiert, diplomatie- und friedensfeindlich, verflochten mit breit gefächerten terroristischen Operationen und anderen Formen politischer Einmischung, die undemokratisch waren, ja eine Bedrohung der Demokratie darstellten (und die, wäre etwas Ähnliches von der Sowjetunion ausgegangen, als unerhörte Einmischung verurteilt worden wäre).

Die post-sowjetische NATO

Mit dem Ende der Sowjetunion und jenem bedrohlichen Warschauer Pakt verschwand auch die theoretische Begründung der NATO. War diese Begründung auch ein Betrugsmanöver gegenüber der Öffentlichkeit, so mußte die NATO doch ihre Daseinsberechtigung neu begründen, und dementsprechend übernahm sie auch bald eine umfangreichere und aggressivere Rolle. Kaum war mit dem Untergang der Sowjetunion die Notwendigkeit der Unterstützung Jugoslawiens entfallen, so wirkte die NATO schon bald mit ihren Mitgliedsstaaten USA und Deutschland zusammen, um gegen diesen früheren westlichen Alliierten Krieg zu führen und zu zerschlagen, und zwar in Verletzung des Verbots des Angriffskrieges durch die Charta der Vereinten Nationen.

Mitten im Bombenkrieg gegen Jugoslawien beging die NATO im April 1999 in Washington, D.C. vergnügt ihren 50. Geburtstag, feierte ihre Erfolge und erklärte mit charakteristischer Orwellscher Rhetorik ihre Treue zum Völkerrecht, und dies mitten im Zuge einer schreienden Verletzung der UN-Charta. Ursprünglich hatte das Gründungsdokument der NATO von 1949 im Namen der Mitgliedsländer einleitend »ihren Glauben an die UN-Charta« bekräftigt; diese hatten sich in Artikel 1 verpflichtet, »in Übereinstimmung mit der UN-Charta jeden Streitfall … auf friedlichem Wege … zu regeln.«

Diese Sitzung im April 1999 produzierte ein Dokument mit einem »Strategischen Konzept«, das für die NATO ein angeblich neues Programm entwarf, war doch die Plausibilität ihrer Funktion für »gemeinsame Verteidigung« zwecks Verhinderung eines sowjetischen Einmarsches entfallen. Nach wie vor betont die Allianz den Wert der »Sicherheit«, doch nunmehr hat sie »sich zu wesentlich neuen Aktivitäten im Interesse einer weiter gefaßten Stabilität« verpflichtet. Neue Mitglieder sowie »Partnerschaftsabkommen« werden in Aussicht gestellt, doch weshalb sie nach dem Kalten Krieg angesichts der globalen Macht der USA und ihrer Verbündeten noch erforderlich sind, bleibt unklar. Es wird eingeräumt, daß »ein umfangreicher konventioneller Angriff auf die Allianz höchst unwahrscheinlich ist«, aber unerwähnt bleibt selbstverständlich die Möglichkeit »eines umfangreichen konventionellen Angriffs« durch Mitglieder der Allianz. Man trumpft auf mit der Rolle der NATO auf dem Balkan, als einem anschaulichen Beispiel für die neue »Verpflichtung zu weiter gefaßter Stabilität«. Aber diese Bündnisaktion war nicht nur ein Fall völkerrechtlich definierter Aggression – »illegal aber legitim«, wie es in der Orwellschen Sprache der tonangebenden Apologeten hieß – auch spielte die NATO bei der Destabilisierung des Balkans im Kontrast zu ihrem Schriftstück eine entscheidende Rolle, indem sie zur Entfesselung ethnischer Kriege beitrug und sich der Suche nach einer diplomatischen Lösung für das Kosovo verweigerte; infolgedessen konnte Jugoslawien mit einem Bombenkrieg überfallen werden, der just in dem Moment abrollte, als dieses Dokument herausgebracht wurde.

Das »Strategische Konzept« erhebt den Anspruch, sich für Rüstungskontrolle einzusetzen, tatsächlich aber hat die NATO von Anfang an ständig weitere Aufrüstung gefördert, und so wurde auch allen neuen Mitgliedern wie Polen und Bulgarien auferlegt, ihre »inter-operativen« Waffensysteme aufzustocken, d.h. mehr Waffen einzukaufen, und zwar von Lieferanten in den USA und anderen westlichen Ländern. Seit Erscheinen dieses Dokuments 1999 haben die USA, die NATO-Führungsmacht, ihren Militärhaushalt mehr als verdoppelt und ihren Waffenexport erheblich gesteigert. Sie haben weiter auf weltraumgestützte Militäroperationen gedrängt, sind einseitig vom ABM-Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen von 1972 zurückgetreten, haben die Ratifizierung des Kernwaffenteststopp-Vertrages von 1996 verweigert und den Landminen-Vertrag von 1997 sowie den UN-Vertrag zur Einschränkung des internationalen

Fortsetzung auf Seite neun O

ANZEIGEN

Macht mit: www.attac.de
info@attac.de oder
069/900281-10

attac

Systemwandel ist nötig!

Hin zu einer demokratischen Ökonomie, die am Wohl aller – am Gemeinewohl orientiert ist; die Mensch und Umwelt ins Zentrum stellt und nicht den Profit.
Demokratisierung der Ökonomie bedeutet nicht Staatskapitalismus. Es geht darum, dass Menschen nicht mehr fremdbestimmte Objekte anonymer Marktkräfte sind, sondern Subjekte, die ihr Schicksal selbst bestimmen können.

Attacis kämpfen dafür ...

... dass Märkte und Kapital geregelt, begrenzt und kontrolliert werden; .... dass von Norden nach Süden und von oben nach unten umverteilt wird; ... dass öffentliche Güter (Gesundheit, Bildung, Altersversorgung, Wasser, Bahn, Energie...) allen zur Verfügung stehen; ... dass Einkommenssicherheit vor Armut schützt; .... dass eine Politik des Friedens und der zivilen Konfliktlösung den Kurs der Aufrüstung und der militärischen Intervention ablöst.

SOLIDARITÄT
mit den Betroffenen
der 129 a/b Verfahren!
getroffen werden einige
gemeint sind wir alle!
spendet auf das Solikonto der Roten Hilfe!

Rote Hilfe e.V.
Postfach 3255
37022 Göttingen

Spendenkonto: 19 11 00 462
BLZ.: 440 100 46 Postbank Dortmund
Stichwort: Weg mit § 129 a/b

www.rote-hilfe.de

Der UN-Teilungsplan für Palästina und die Gründung des Staates Israel (1947/48)

Anhang: PLO-Charta von 1968 mit kritischen Anmerkungen

Enthält u.a. die Resolution der UNO-Generalversammlung vom 29.11.1947 über den UN-Teilungsplan für Palästina, die Rede des Delegierten der UdSSR vor der UNO am 14.5. und am 26.11.1947 und die Große Sowjet-Enzyklopädie „Israel" (1952)

120 Seiten, 8 €
ISBN 978-3-932636-52-3

Zu diesem Titel ist ein ergänzender Materialien-Band erschienen:
Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922–1948)
180 Seiten, 10 €, ISBN 978-3-932636-32-5

NEUERSCHEINUNG aus der Reihe *Rote Hefte*
Der UN-Teilungsplan für Palästina und die Gründung des Staates Israel (1947/48)
(Heft 25 – 1 Euro)

Aus der Reihe ***Rote Hefte*** ist außerdem erhältlich:
Zum Kampf gegen den Antisemitismus
Teil I: Vor aller Augen: Das Novemberpogrom 1938 (Heft 22 – 1 €)
Teil II: Der Nazi-Völkermord an der jüdischen Bevölkerung in Europa (Heft 24 – 1 €)

Verlag Olga Benario und Herbert Baum
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt am Main – www.verlag-benario-baum.de

O *Fortsetzung von Seite acht*

Handels mit verbotenen leichten Waffen abgelehnt. Mit NATO-Unterstützung haben sie einen neuen Rüstungswettlauf entfesselt, an dem sich viele Verbündete und Klienten der USA wie auch ihre Rivalen und als Angriffsziele in Frage kommende Länder beteiligt haben.

Im Dokument von 1999 nimmt die NATO ferner für sich in Anspruch, den Atomwaffensperrvertrag zu unterstützen, betont aber gleichzeitig, wie wichtig Atomwaffen für die Leistungskraft der NATO sind. Daher wird darin ein zentraler Bestandteil des Nichtverbreitungsvertrages abgelehnt, der mit dem Versprechen der Atommächte zu tun hat, auf die Beseitigung von Nuklearwaffen hinzuwirken. Was das bedeutet, ist klar: Die Begeisterung der NATO für die Nichtverbreitung betrifft nur ihre Angriffsziele wie den Iran. Atomwaffen »leisten einen einzigartigen Beitrag dazu, die Risiken eines Angriffs gegen die Allianz unberechenbar und untragbar zu machen.« Hätte aber der Iran solche Waffen, könnte er die »Risiken eines Angriffs« der »Allianz«, wie vom NATO-Mitglied USA und seinem Partner Israel angedroht, untragbar machen. Das kommt natürlich nicht in Frage.

In dem Abschnitt über Sicherheit erklärt das Strategische Konzept, man kämpfe für ein internationales Umfeld »auf der Grundlage der Stärkung demokratischer Institutionen und der Verpflichtung zu friedlicher Konfliktlösung, in der kein Land in der Lage wäre, ein anderes durch die Androhung von Gewalt einzuschüchtern oder zu zwingen«. Die Heuchelei ist an dieser Stelle geradezu schwindelerregend. Ist doch die eigentliche Essenz der Politik und Praxis der NATO das Androhen von Gewalt, und die Sicherheitspolitik der USA besagt ausdrücklich, daß die Planungen darauf gerichtet sind, die militärische Überlegenheit aufrechtzuerhalten und jede rivalisierende Macht daran zu hindern, diese Überlegenheit in Frage zu stellen, um global zu herrschen, d.h. die USA planen, durch Einschüchterung zu herrschen.

Die NATO behauptet nun, niemanden zu bedrohen und spricht im Strategischen Konzept sogar über mögliche gemeinsame »Operationen« mit Rußland. Wieder erreicht die Heuchelei ein hohes Niveau. Wie wir wissen, gab es ein Versprechen der USA an Gorbatschow, als er einwilligte, Ostdeutschland dem Westen anzuschließen, daß die NATO nicht »einen Zentimeter« weiter östlich rücken würde. Clinton und die NATO brachen dieses Versprechen im Handumdrehen, indem sie alle ehemaligen osteuropäischen Satelliten der Sowjetunion und die baltischen Staaten in die NATO aufnahmen. Nur Narren, die einer Selbsttäuschung erliegen und/oder Propagandisten würden nicht zugeben, daß dies eine Bedrohung der Sicherheit Rußlands ist – in dieser Region die einzige Macht, die allenfalls theoretisch die Mitgliedsländer der NATO bedrohen könnte. Aber das Strategische Konzept der NATO stellt sich dumm; nur Bedrohungen ihrer Mitglieder werden zur Kenntnis genommen.

Obwohl »Unterdrückung, ethnische Konflikte« sowie die »Verbreitung von Massenvernichtungswaffen« der neuen NATO angeblich ernste Sorgen bereiten, sind ihre Beziehungen mit Israel eng; weder der israelischen Politik der Unterdrückung und ethnischen Säuberung oder seinem halbherzig eingestandenen beträchtlichen Atomarsenal wurde (oder wird künftig) irgendein Hindernis in den Weg gelegt; weder der israelische Krieg gegen den Libanon 2006 noch seine mörderischen Angriffe auf Gaza sind ein Hinderungsgrund für innige Beziehungen, wie ja auch der unprovozierte Angriff der USA und Großbritanniens auf den Irak der Solidarität der NATO-Mitglieder keinen Abbruch getan hat. In seiner Eigenschaft als privilegierter Klient der USA ist Israel definitionsgemäß frei, gegen alle im Strategischen Konzept enthaltenen hohen Prinzipien zu verstoßen. (Der von Obama für den Posten des Sicherheitsberaters vorgesehene James Jones hat im Verlauf des letzten Jahres tatsächlich eine Besetzung des Gazastreifens und sogar der Westbank durch NATO-Truppen lauthals herbeireden wollen, und damit ist er innerhalb des US-Establishment keine einsame Stimme.)

Die neue NATO ist ein US-amerikanischer und imperialer Pitbull. Dieser hilft gegenwärtig bei der verstärkten Aufrüstung in der Welt, fördert den militärischen Aufbau der ehemaligen sowjetischen Satelliten in Osteuropa und der baltischen Staaten – inzwischen Satelliten der USA und der NATO – , arbeitet eng mit Israel zusammen, derweil dieser NATO-Partner seine Untermenschen [im Original auf deutsch/Anm.d.Übers.] einer ethnischen Säuberung und Enteignung unterzieht, hilft seinem Herrn und Meister, Klientelstaaten an der südlichen Grenze Rußlands zu errichten, besiegelt offiziell die Stationierung von US-Abwehrraketen in Polen, der Tschechischen Republik, Israel und in bedrohlicher Weise sonstwo weit entfernt von den Vereinigten Staaten und dringt auf die Verflechtung der US-Planungen mit einem breiteren »Schild« der NATO. Damit wird Rußland zu aggressiverem Verhalten und beschleunigter Aufrüstung geradezu gezwungen (genau wie früher durch die NATO).

Besetzung des Irak

Und selbstverständlich unterstützt die NATO die Besetzung des Irak. NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer brüstet sich regelmäßig, daß alle 26 NATO-Staaten an der »Operation Iraqi Freedom« innerhalb des Irak oder in Kuwait beteiligt sind. Jedes einzelne Balkanland mit Ausnahme Serbiens hat im Irak Truppen gehabt und hat sie jetzt in Afghanistan. Die Hälfte der Staaten der ehemals sowjetischen Länder der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) hat ebenfalls Truppen für den Irak zur Verfügung gestellt, einige davon auch in Afghanistan. Diese Länder sind Truppenübungsplätze zum Anlernen und »Inter-Operationalisieren« der neuen »Partner«, und zum Erschließen einer neuen Rekrutierungsbasis für Söldner für die zunehmenden »out-of-area«-Operationen der NATO, die sich an den US-Kriegen in Afghanistan und Pakistan immer aktiver beteiligt.

Die NATO prahlt, wie gesagt, mit ihrer Rolle in den Balkan-Kriegen, die ebenso wie die Kriege in Irak, Afghanistan und Pakistan einen Verstoß gegen die UN-Charta darstellten. Gesetzlosigkeit ist zwangsläufiger Bestandteil des neuen »Strategischen Konzepts«. Statt der früheren (verlogenen) »kollektiven Selbstverteidigung« ermächtigen sich die NATO-Mächte auf ihrem Expansionskurs selbst, militärische Feldzüge »out-of-area« oder sogenannte »nicht-Artikel V-Missionen« außerhalb des NATO-Gebiets durchzuführen. Wie der Rechtswissenschaftler Bruno Simma schon 1999 bemerkte, »ist die Botschaft, welche diese Stimmen in unserem Zusammenhang vermitteln, klar: Falls sich herausstellt, daß ein Mandat oder eine Legitimation durch den Sicherheitsrat für bevorstehende »nicht-Artikel V-Missionen« mit Streitkräften nicht zu erreichen ist, muß die NATO immer noch in der Lage sein, eine solche Zwangsvollstreckung durchzuziehen. Daß die Allianz dazu in der Lage ist, ist in der Kosovo-Krise demonstriert worden.«

Die neue NATO schätzt sich glücklich, ihrem Herrn und Meister zu helfen, rund um den Globus Macht zu demonstrieren. Außer der Hilfe bei der Einkreisung und Bedrohung Rußlands betreibt sie »Partnerschaftsabkommen« und führt gemeinsame Militärmanöver durch, so mit den sogenannten Ländern des Mittelmeer-Dialogs (Israel, Ägypten, Jordanien, Marokko, Tunesien, Mauretanien und Algerien). Ferner unterhält sie neue Partnerschaften mit den Staaten des Golf-Kooperationsrats (Bahrain, Kuwait, Saudi-Arabien, Oman, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate) und hat damit den militärischen Einsatzbereich der NATO von der Atlantikküste Afrikas bis hin zum Persischen Golf ausgedehnt. In gleichen Zeitraum erfolgte eine ununterbrochene Serie von NATO-Besuchen und Seemanövern mit den meisten dieser neuen Partner sowie im vergangenen Jahr der erste bilateralen Militär-Vertrag der NATO mit Israel.

Der Pitbull ist bestens disponiert, Israel zu helfen, seine massiven Rechtsverletzungen fortzusetzen, den USA und Israel zu helfen, den Iran zu bedrohen und möglicherweise anzugreifen sowie das kooperative Programm zur Befriedung ferner Völker in Afghanistan und Pakistan und sicher auch noch anderswo auszuweiten – alles angeblich im Interesse des Friedens und der im Strategischen Konzept erwähnten »weiter gefaßten Stabilität«. Die NATO selbst liefert – wie die UNO – unter dem Anschein des Multilateralismus einen Deckmantel für einen gesetzlosen und praktisch unkontrollierten imperialen Ausdehnungsdrang. Tatsächlich stellt die NATO als aggressiver globaler Arm der USA und anderer eingebundener regionaler Imperialismen eine ernsthafte Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit der Welt dar. Die NATO schickt sich an, ihren 60. Geburtstag zu feiern, und obwohl sie schon 1991 hätte aufgelöst werden müssen, hat sie sich statt dessen ausgedehnt, nimmt eine neue bedrohliche Rolle an, die in ihrem Strategischen Konzept von 1999 vorgezeichnet ist, und erfreut sich eines schreckenerregenden, bösartigen Wachstums.

no nato
Internationaler Kongreß »No to NATO – No to War« in Illkirch-Graffenstaden, Centre Sportif, 24, Rue Lixenbuhl
Sonntag, 5. April, ab 10 Uhr
Internet: www.no-to-nato.org/de/kongress-3-50409/, E-Mail: kongress@ialana.de

ANZEIGEN

Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg

Unser Verein besteht aus ca. 30 Frauen und Männern verschiedener Parteien, Religionen und Weltanschauungen. Vor 10 Jahren fuhren wir während des NATO- Angriffskrieges gegen den souveränen Staat Jugoslawien mit einem Buskonvoi von etwa 160 Friedensbewegten nach Belgrad, um den Menschen dort unsere Solidarität zu bezeugen. Das wollen wir auch diesmal tun. Mitglieder unseres Vereins führen seit dem 24.3.1999 wöchentlich Antikriegsmahnwachen auf dem Alex durch und laden monatlich zu unseren Veranstaltungen über Länder ein, die im Fadenkreuz des Imperialismus stehen. Ihr könnt uns erreichen unter:

www.muetter-gegen-den-krieg-berlin.de bzw. unter T/F/A: 0331 71 17 71

Wer unsere Arbeit unterstütze möchte: Brigitte Queck , Verwendungszweck: Mütter gegen den Krieg Kto.Nr. 6100504586 BLZ: 160 50000 MBS Potsdam

www.rib-ev.de
Postfach 5261
79019 Freiburg
Tel: 0761-76 78 088
Fax: 0761-76 78 090
rib@rib-ev.de
RüstungsInformationsBüro RIB e.V.
Informationen zu Waffenproduktion und Rüstungsexporten
Spenden-Konto 8 041073 800 · GLS-Bank · BLZ 43060967

ANZEIGEN

LPG junge Welt eG

Wir sind 1000!

211 neue Mitglieder bis Ende 2009

Die junge Welt wird herausgegeben von 789 Genossinnen und Genossen. Um das Erscheinen der jW dauerhaft zu sichern, brauchen wir mehr!
Infos zur Satzung: ww.jungewelt.de/genossenschaft

junge Welt

„Deutschlands NATO-Mitgliedschaft beenden!“

Unter dieser Losung haben wir eine Kampagnen-Webseite gestartet. Bitte anschauen unter: http://www.neinzurnato.de! Den Aufruf „Nein zur NATO“ dort unterzeichnen! Und für die Erstellungskosten der Webseite spenden!

Spendenkonto: VKSB (Verein für Kulturelle Selbstbestimmung e.V.), Konto-Nummer. 23290, Sparkasse Starkenburg (BLZ 509 514 69), Kennwort: Nein zur NATO

Für die Unterstützer der Kampagne Klaus v. Raussendorff, Bonn (E-Mail: redaktion@aikor.de)

Fraktion vor Ort:

Afghanistan: NATO in der Sackgasse?

Donnerstag, **2. April 2009,** 16.00–20.30 Uhr, Südwerk-Karlsruhe, Henriette-Obermüller-Straße 10, 76137 Karlsruhe

Anhörung der Bundestagsfraktion DIE LINKE aus Anlass des 60. Jahrestages der Gründung des NATO-Militärbündnisses

u. a. mit den Abgeordneten ***Monika Knoche, Heike Hänsel, Inge Höger, Karin Binder*** und renommierten internationalen ExpertInnen, u. a. ***Malalai Joya,*** Politikerin und Frauenrechtlerin aus Afghanistan und ***Tariq Ali,*** Autor, Filmemacher und britisch-pakistanischer Friedensaktivist

DIE LINKE. IM BUNDESTAG

Weitere Informationen unter www.linksfraktion.de

V.i.S.d.P. Ulrich Maurer

WIDERSPRUCH 55

Beiträge zu sozialistischer Politik

Demokratie und globale Wirtschaftskrise

Finanzmarkt-Kapitalismus, Wirtschaftsdemokratie, öffentlicher Sektor, Verteilungsgerechtigkeit; Gleichberechtigung, Geschlechterdemokratie: Erwerbsarbeit und Familie; Postdemokratie, Gewerkschaften; Pensionskassen; Zukunft der Demokratie und politische Bildung; SVP contra Rechtsstaat

M.R. Krätke, H. Schäppi, H.-J. Bontrup, H. Schui, W. Spieler, A. Demirović, F.O. Wolf, G. Notz, Th. Wüthrich, K. Dörre, W. Hafner, U. Marti, S. Da Rin, S. Künzli, M. Spescha

Diskussion

H.-J. Burchardt: Die Herausforderung Lateinamerika
R. Rey: Demokratische Entwicklungen
B. Ringger: Chávismo und Demokratie in Venezuela
S. Ben Néfissa: NGO, Staat, Zivilgesellschaft

240 Seiten, € 16.– (Abonnement € 27.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8031 Zürich
Tel./Fax 0041 44 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

»Größte Friedensmacht«

Auszug aus der Bundestagsdebatte zum NATO-Gipfel und der neuen Strategie des Militärpakts am 25. März – zu lesen in verteilten Rollen

Dr. Peter Ramsauer (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Lafontaine, ich glaube, mit einer solchen marktschreierischen Demagogie *(Lachen bei der Linken)* werden Sie dem Ernst des Themas nicht gerecht. *(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)*

Wer so schreit und hinterher lacht, hat unrecht – so lehrt es ein Sprichwort, das ich in Kinderzeiten gelernt habe und das von seiner Gültigkeit, lieber Herr Lafontaine, nichts verloren hat. *(Zuruf des Abg. Oskar Lafontaine, Die Linke: Das sagt der deutsche Volksmund, und Sie sollten sich an manches, was der deutsche Volksmund lehrt, erinnern.)*

Die Bundeskanzlerin hat in ihrer Regierungserklärung von Chancen gesprochen. Jawohl, die NATO ist eine große Chance für Deutschland, und Deutschland und Europa brauchen dieses Bündnis. Deutschlands Interessen lassen sich ohne die NATO nicht schützen: Frieden in Europa, Freundschaft mit unseren Nachbarn, Sicherheit für Handel und Sicherheit für Reisen. In anderen Staaten gehören die nationalen Interessen zum parteiübergreifenden Konsens. In Deutschland ist das leider nicht ganz so. Hier steht oft schon allein der Begriff »nationale Interessen« im Geruch politischer Unkorrektheit. *(Zuruf von der Linken)*

Ich bin vollkommen anderer Ansicht. Ich glaube, das Wahren nationaler Interessen macht unsere Außenpolitik glaubwürdig und berechenbar. Deswegen halte ich es an einem Tag wie heute für angebracht, von deutschen und nationalen Interessen in der Außen- und Sicherheitspolitik zu sprechen.

Zu diesen Interessen gehört die Erfahrung, daß es ohne die NATO in Deutschland keinen erfolgreichen Wiederaufbau gegeben hätte, daß es kein Wirtschaftswunder gegeben hätte und daß wir kein Leben ohne Angst hätten. Ohne die NATO – das sage ich vor allen Dingen an die Kollegen von der Linken Fraktion – hätten die Bundesrepublik und Westeuropa Stalins Expansionsstreben und damit kommunistischer Diktatur und Mißwirtschaft nicht widerstehen können. Das ist eine historische Tatsache.

Ohne die NATO hätten wir nicht das Glück der Wiedervereinigung gehabt. Auch da sage ich an die Adresse der Linken: Ohne die NATO würden unsere Landsleute in den neuen Bundesländern heute nicht in Freiheit und Sicherheit leben. *(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Zuruf von der Linken)*

Das gehört zur Wahrheit der letzten 60 Jahre. *(Volker Schneider, Die Linke: Aha! Hat also die NATO damals in Leipzig demonstriert? War da also die NATO auf der Straße, ja?)*

(...)

Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert: Herr Kollege Ramsauer, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Hänsel?

(Dr. Guido Westerwelle, FDP: Oh nein! Mein Gott, auch das noch!)

Dr. Peter Ramsauer (CDU/CSU): Bitte sehr.

(Dr. Karl A. Lamers, CDU/CSU: Die sitzt ganz links außen!)

Aha. Das wußte ich nicht. Jetzt weiß ich es.

Heike Hänsel (Die Linke): Herr Ramsauer, Sie haben ein interessantes Geschichtsverständnis. Sie sagten nämlich, daß die NATO in der DDR auf die Straße gegangen ist.

(Hartmut Koschyk, CDU/CSU: Ach was! Aber Sie sind in der DDR auch nicht auf die Straße gegangen! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU: So ein Unsinn! – Was das wieder soll! – Oh! Oh!)

Das ist mir völlig neu. Ich sage Ihnen: Es waren die Menschen in der DDR, die diese massive Bewegung in Gang gesetzt haben, nicht die NATO. Außerdem haben Sie den Begriff »Freiheit« verwendet und gesagt, die NATO habe ermöglicht, daß wir heute in Freiheit leben; das hat auch die Kanzlerin in ihrer Rede mehrmals erwähnt.

(Dr. Andreas Schockenhoff, CDU/CSU: Stellen Sie jetzt mal bitte Ihre Frage! Kommen Sie endlich auf den Punkt!)

In diesem Zusammenhang habe ich eine Frage an Sie:

(Dr. Andreas Schockenhoff, CDU/CSU: Na endlich!)

Wie weit ist es mit unserer Freiheit gekommen, wenn es heutzutage in Frankreich und in Deutschland nicht möglich ist, so wie wir es uns vorstellen, zu demonstrieren, *(Widerspruch bei der CDU/CSU),* weil das Demonstrationsrecht massiv eingeschränkt wurde, so daß es nicht mehr möglich ist, sich öffentlich zu artikulieren? Das gipfelte darin – ich glaube, daß viele von Ihnen das gar nicht wissen –, daß in Frankreich sogar verboten wurde, die Friedensfahne, ein internationales Zeichen, aus dem Fenster zu hängen. Die Bevölkerung in Frankreich darf keine Friedensfahnen mehr aus dem Fenster hängen.

(Abgeordnete der Fraktion Die Linke halten Transparente und Fahnen hoch – Zurufe von der CDU/CSU: Was ist denn da los? – Was machen die denn?)

Wir solidarisieren uns mit diesem Protest und sagen: Wir wollen das Recht auf Meinungsfreiheit wahrnehmen, und wir hoffen, daß am 4. April dieses Jahres viele Menschen nach Straßburg kommen.

Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert: Räumen Sie jetzt erst einmal diese ganzen Klamotten weg. Ihnen, Frau Kollegin Hänsel, erteile ich einen Ordnungsruf,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Heike Hänsel, Die Linke: Wie bitte? Das ist ein Zeichen des Friedens!)

weil Sie bereits zum wiederholten Male gegen die auch mit den Mitgliedern Ihrer Fraktionsführung abgestimmten Mindestnormen eines vernünftigen parlamentarischen Umgangs verstoßen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Ich mache Sie vorsichtshalber darauf aufmerksam, daß ich im Wiederholungsfall auch von meinem Recht, Sie von der Sitzung auszuschließen, Gebrauch machen werde.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Diese Mätzchen haben mit Parlamentarismus überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Peter Ramsauer (CDU/CSU): Herr Präsident, wenn Sie gestatten, fahre ich in meiner Rede fort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Guido Westerwelle, FDP: Genau! Bloß nicht darauf eingehen! Einfach weitermachen!)

Ich möchte mir nur eine Bemerkung erlauben – ich bitte, diese Ausführungen mit Blick auf die Geschäftsordnung als Antwort zu behandeln; denn dann werden sie nicht auf meine Redezeit angerechnet –:

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Klaus Uwe Benneter, SPD, zur CDU/CSU gewandt: Er hat das ganze Theater durch die Zulassung der Zwischenfrage doch erst ermöglicht! - Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

– Ich habe die Zwischenfrage zugelassen; das ist richtig. Das spricht für Liberalität und Toleranz. – Liberalität und Toleranz wären heute ohne die NATO nicht möglich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zurufe von der Linken)

Meine Damen und Herren von der Linken, zu dem, was auf Ihren Transparenten steht – ich habe die Begriffe »Frieden«, »Peace« und »Pace« gelesen –, kann ich nur sagen: Die größte Friedensgarantie und Friedensmacht war in den letzten 60 Jahren die NATO. Darauf können wir stolz sein.

◆ Vollständiger Wortlaut der 90minütigen Debatte: www.bundestag.de

ANZEIGE

grh Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.

Solidaritätskomitee für die Opfer der politischen Verfolgung in Deutschland

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin * Tel. / Fax (030) 29 78 42 25
E-Mail: verein@grh-ev.org * Internet: www.grh-ev.org
Öffnungszeiten der Geschäftsstelle: Dienstag & Donnerstag 9.00 – 16.00 Uhr
Spendenkonto: Berliner Volksbank, Kto. Nr.: 57 88 90 00 09, BLZ 100 900 00

Wir bedanken uns bei allen Mitgliedern, Fördernden Mitgliedern, Sympathisanten und Gleichgesinnten, die im geschichtsträchtigem Jahr 2009 aktiv und wirksam vor Ort um Wahrheit und Gerechtigkeit kämpfen. Es sind jene Bürger, Eltern und Großeltern, die von den politisch Herrschenden, den gleichgeschalteten Medien, vom Antikommunismus geprägten Historikern und Gedenkstättenmachern als ewig Gestrige, Unbelehrbare oder gar Betonköpfe verunglimpft werden, nur weil sie die Hintergründe der so genannten Erinnerungspolitik entlarven und ihre Kinder und Enkel über die humanistische, friedvolle und antifaschistische Politik der DDR aufklären.

Wir bekunden unsere Solidarität mit allen nach 1990 von der politischen Verfolgung und Diskriminierung betroffenen Bürgern in Ost und West, leisten weiterhin humanitäre und rechtliche Unterstützung und streiten für die Rehabilitierung der Verurteilten.

Wir fordern im Sinne des Grundgesetzes der BRD die sofortige Beendigung der würdelosen Behandlung ganzer Personengruppen, die Beendigung jeglicher Diskriminierung, Ausgrenzung und Ungleichbehandlung sowie die Achtung fundamentaler Bürgerrechte. Wir engagieren uns im Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden gegen den Abbau von sozialen und demokratischen Rechten sowie gegen Menschenrechtsverletzungen infolge der Einheit Deutschlands.

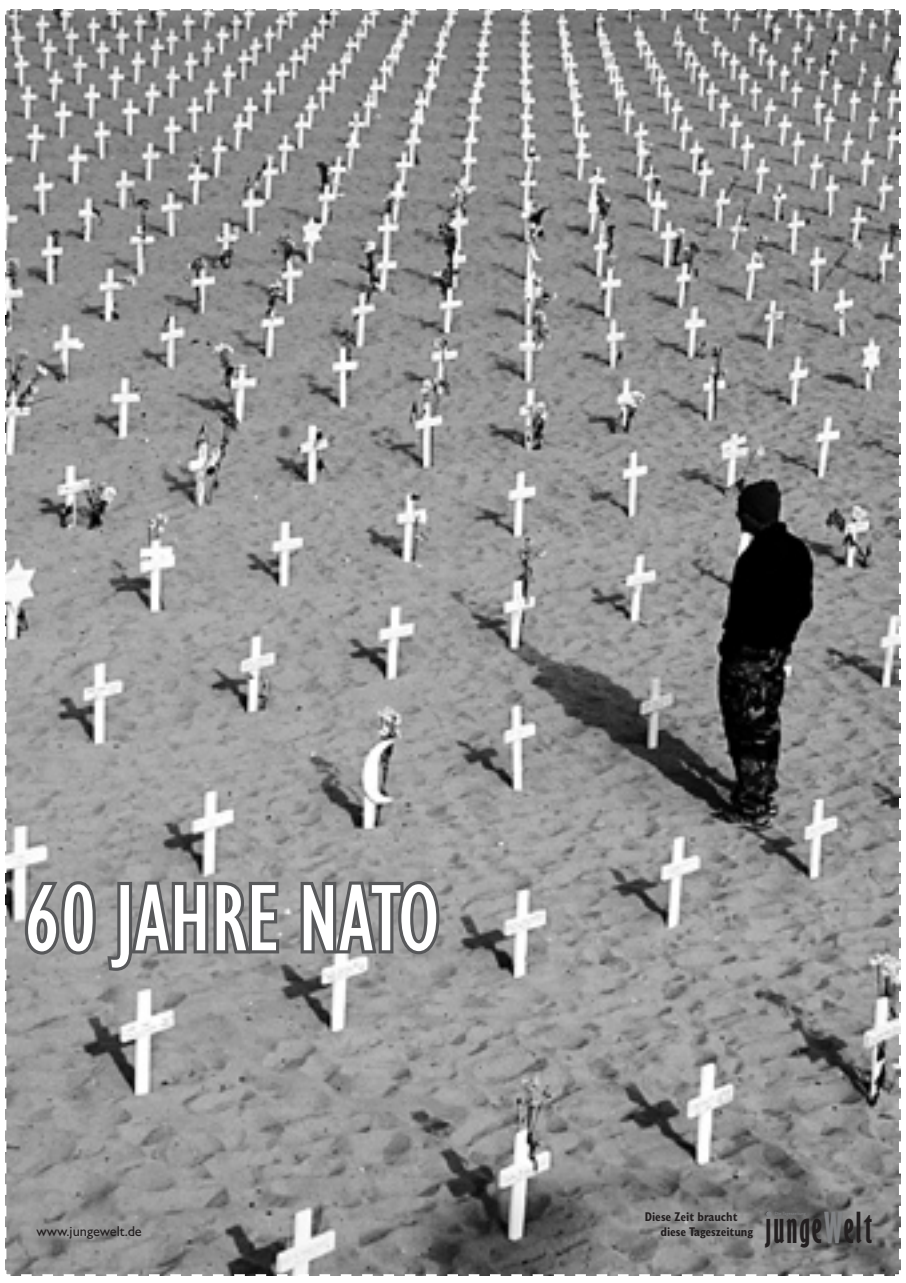
Wir unterstützen die Forderungen nach Verbot der NPD, Beendigung von Kriegseinsätzen und für die Auflösung der NATO.

Die GRH ist offen für alle, die im Sinne unsere Satzung gemeinsam mit uns kämpfen wollen.

Unsere Stärke ist die Solidarität!

Die NATO im Irak

Truppen, Waffen und Trainingsprogramme: Befürworter wie Gegner des Krieges im Militärpakt stehen an der Seite der US-Besatzungsmacht. **Von Joachim Guilliard**



Kurz nachdem die USA zum Jahreswechsel glücklich ein Truppenstationierungsstatut sowie ein – kaum bekanntes – »strategisches Rahmenabkommen« mit dem besetzten Irak unter Dach und Fach gebracht hatten, hat der Nordatlantikrat beschlossen, das Engagement der NATO im Zweistromland kräftig auszuweiten. Die Militärallianz ist ebenfalls dabei, mit Bagdad ein Kooperationsabkommen für eine langfristige Anbindung des Landes auszuarbeiten. Die wichtigste Rolle der NATO in diesem Krieg besteht jedoch darin, trotz divergierender Interessen einzelner Mächte, eine verläßliche militärische Zusammenarbeit und eine einheitliche Politik der westlichen Staaten gegenüber dem ölreichen Land sicherzustellen.

Die 1990 eingeleiteten Maßnahmen, den Irak als Regionalmacht auszuschalten und sich wieder Zugriff auf das irakische Öl zu verschaffen, waren stets ein überwiegend angelsächsisches Unternehmen. Sie wurden jedoch bis 2003 von allen NATO-Staaten einhellig mitgetragen. Alle beteiligten sich direkt mit Truppen oder durch logistische und finanzielle Unterstützung am ersten US-geführten Krieg gegen den Irak. Geschlossen sorgten sie auch dafür, daß das mörderische Embargo trotz massiver Kritik und Hunderttausenden von Opfern dreizehn Jahre lang fortgesetzt wurde. Einen Dissens gab es erst, als die US-Regierung unter Präsident George W. Bush die Stimmung nach den Terroranschlägen vom 11.9.2001 nutzend die Invasion vorbereitete. Sechs der heute 26 NATO-Staaten – Deutschland, Frankreich, Belgien, Kanada, Luxemburg und Griechenland – lehnten diese Aggression ab. Die Mehrheit jedoch zog hinter der Führungsmacht im Rahmen der »Koalition der Willigen« in den Krieg.

Ungeachtet der Antikriegsrhetorik der von Gerhard Schröder (SPD) geführten Bundesregierung überstieg in der Praxis die deutsche Kriegsunterstützung die der meisten anderen US-Verbündeten. Deutschland wurde nicht nur zur wichtigsten logistischen Drehscheibe, die Bundeswehr stellte auch bis zu 4200 Soldaten für Aufgaben in US-Kasernen ab, die amerikanische Kollegen für den Kriegseinsatz freisetzten, und stationierte ABC-Schutzpanzer in Kuwait. Berlin stellte dabei die Bündnisverpflichtung gegenüber der NATO über internationales Recht, das nicht nur jegliche Unterstützung eines Aggressionskrieges verbietet, sondern sogar die aktive Verhinderung jeglicher Kriegsvorbereitung vom eigenen Boden aus fordert.

Obwohl sie offiziell nicht in die Kriegsvorbereitungen einbezogen war, stellte die NATO der Türkei AWACS-Überwachungsflugzeuge und Patriot-Abwehrraketen für einen potentiellen Gegenangriff des Irak zur Verfügung. Da die AWACS-Flugzeuge, in denen auch Bundeswehreinheiten Dienst taten, weit in den Irak spähen konnten, waren ihre Daten ohne weiteres auch für die Zielplanung der angreifenden Armeen von Nutzen. Die NATO war somit entgegen ihren Verlautbarungen unmittelbar in den Angriffskrieg einbezogen.

Mit den ersten Bomben, die in Bagdad einschlugen, stellten sich die Kriegskritiker innerhalb der NATO auch öffentlich wieder voll hinter die US-Politik. Nachdem der Krieg nun leider begonnen hätte, so Bundesaußenminister Joseph Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) damals, könne man nur hoffen, daß die US-geführte Koalition rasch den Sieg davon trage, alles andere wäre eine Katastrophe. Deutschland und Frankreich haben es zwar in der Folge nicht ungern gesehen, daß die USA und Großbritannien im Irak in massive Schwierigkeiten gerieten, fürchten aber aus eigenem Interesse deren völliges Scheitern. Dies würde einen gewaltigen Rückschlag für den Einfluß aller westlichen Staaten in einer Region bedeuten, die auch für sie wirtschaftlich und geostrategisch von existentieller Bedeutung ist.

Die Mehrheit der Bevölkerungen in den NATO-Staaten war gegen den Krieg. Der öffentliche Druck zwang Spanien nach einem Regierungswechsel im April 2004, seine Truppen zurückzuziehen. Ungarn und die Niederlande folgten im März 2005, Italien und Norwegen 2006. Dennoch stimmten schließlich auf dem NATO-Gipfel im Juni 2004 auch die Kriegsgegner einem direkten Beitrag bei der Besatzung zu. Etwa 300 Militärberater und Ausbilder wurden ins besetzte Land entsandt, um eine »NATO-Training Mission-Iraq« aufzubauen. Mit Sicherheitspersonal beträgt der Umfang dieser Mission zeitweilig bis zu 3000 Mann. Bisher wurden durch sie über 10000 irakische Offiziere auf NATO-Praxis und -Ideologie getrimmt. Darüber hinaus haben die NATO-Staaten große Menge an Waffen, Munition und sonstiges Rüstungsmaterial bereitgestellt.

Joachim Guilliard arbeitet u.a. im Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg und ist Autor zahlreicher Fachartikel zum Thema Irak. Eine ausführlichere Fassung des Beitrages findet sich in der Broschüre der Informationsstelle Militarisierung IMI »Kein Frieden mit der NATO – Die NATO als Waffe des Westens«. Bezug: www.imi-online.de

Gabriel Kolko
Machtpolitik ohne Perspektive
Die USA gegen den Rest der Welt
Aus dem Englischen von Maren Hackmann
330 Seiten, Broschur, 2007
978-3-85869-356-3, Euro 24,–

Die Kriegspolitik der USA
Der Kanadier Gabriel Kolko zeigt in seinem Buch auf, dass der Hang zum Krieg die US-amerikanische Außenpolitik schon seit Beginn des Kalten Krieges prägt. Von Korea über Vietnam bis zum Irak durchziehen die Kriegsbesessenheit und die Selbstüberschätzung der USA die jüngste Geschichte der einzigen übrig gebliebenen Supermacht wie ein roter Faden.

Rotpunktverlag.
www.rotpunktverlag.ch

VSA: 60 Jahre & kein Grund zum Feiern...

Uli Cremer: **Neue NATO: die ersten Kriege**
Vom Militär- zum Kriegspakt
220 Seiten; € 16,80
ISBN 978-3-89965-314-4
»Für alle Friedensbewegten ist das Buch ein Muss ... Nach der Lektüre weiß ich noch besser, warum ich gegen die NATO bin.«
(Aus dem Vorwort von Hans-Christian Ströbele)

Albert Krölls
Das Grundgesetz – ein Grund zum Feiern?
Eine Streitschrift gegen den Verfassungspatriotismus
224 Seiten; € 16,80
ISBN 978-3-89965-342-7
Keine Festtagsrede, sondern eine durchaus unbequeme Bilanz von 60 Jahren Grundgesetz und Verfassungspatriotismus.

Im Buchhandel oder bei: VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de, **www.vsa-verlag.de**

ANZEIGEN

Wider die Barbarei!

Die „Erforschung des wissenschaftlichen Werks von Marx und Engels und seiner geschichtlichen Wirksamkeit" ist das Ziel, das sich die Marx-Engels-Stiftung gesetzt hat.

Sie verfolgt dieses Ziel seit bald vier Jahrzehnten - mit Konferenzen und anderen wissenschaftlichen Veranstaltungen, mit Eigenpublikationen und Veröffentlichungen in Fachzeitschriften, mit Forschungsvorhaben wie z.B. dem vor einigen Jahren begonnenen Projekt Klassenanalyse @ BRD.

Anderthalb Jahrhunderte nach den Anfängen marxistischer Kapitalismuskritik besitzen die ökonomischen Analysen von Marx und Engels dramatische Aktualität. Innerhalb weniger Wochen hat sich das Gerede von einem dauerhaft prosperierenden Kapitalismus als Farce entlarvt.

Die Analyseansätze des Marxschen Denkens haben auch im 21. Jahrhundert ihre Erklärungskraft behalten. Neben konstanten Merkmalen weist die kapitalistische Gesellschaftsformation auch gravierende Veränderungen auf, bei deren Interpretation der Marxismus seine Theoriekompetenz immer wieder erneut unter Beweis stellen muss. Hierzu will die Marx-Engels-Stiftung ihren Beitrag leisten.

In ihrer Arbeit ist die Marx-Engels-Stiftung angewiesen auf das - ausschließlich ehrenamtliche - Engagement ihrer Mitarbeiter, auf Spenden und Mitgliedsbeiträge.

Alle, die sich mit den Zielen der Stiftung identifizieren können, laden wir deshalb herzlich ein, Mitglied zu werden. Mitgliedsbeiträge und Spenden sind steuerlich absetzbar.

MARX ENGELS STIFTUNG

Spendenkonto:
SEB Bank Wuppertal
BLZ 33010111
Konto Nr. 1010325900

www.marx-engels-stiftung.de

Aufnahmeantrag

Ich möchte Mitglied der Marx-Engels-Stiftung werden.

Name, Vorname*: _____

Akad. Titel: _____

Beruf: _____

Geburtsort und -jahr: _____

Straße, Hausnr.*: _____

PLZ, Wohnort*: _____

Tel.Nr.: _____

E-Mail-Adresse: _____

Jährlicher Mitgliedsbeitrag*:

Mindestbeitrag 60,- Euro ☐
für Geringverdienende 18,- Euro ☐

Ich erteile eine Einzugsermächtigung für meinen Mitgliedsbeitrag (kann jederzeit widerrufen werden):

Konto Nr: _____

Bank: _____

BLZ: _____

_____
Datum, Ort, Unterschrift

Felder mit * bitte unbedingt ausfüllen.
Bitte einsenden an Marx-Engels-Stiftung e. V., Gathe 55, 42107 Wuppertal

Diese Zeit braucht diese Tageszeitung

Jetzt 3 Wochen gratis*

* 3-Wochen-Testabo bestellen über:

Tel. 0 30/53 63 55 50, Fax: 0 30/53 63 55 44 oder per E-Mail: abo@jungewelt.de

TESTABO

Ja, ich will die Tageszeitung *junge Welt* drei Wochen unverbindlich testen. Das Testabo endet automatisch.

☐ Frau ☐ Herr

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Datum/Unterschrift

Ich habe das Probeabo empfohlen:

☐ Frau ☐ Herr

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Datum/Unterschrift

Bitte beachten Sie beim Testabo, daß eine optimale Bearbeitung nur möglich ist, wenn Ihre Telefonnummer (und gegebenenfalls auch Ihre E-Mail-Adresse) angegeben ist. Wir garantieren, daß die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden.

Belieferung soll ab Montag, den: _____ beginnen.

Coupon einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin oder faxen an die 030/53 63 55-44w

Jetzt das Aktionspaket* bestellen!

* Das Aktionspaket besteht aus fünf Plakaten (wahlweise A1 oder A2) sowie 20 Probeabokarten zur Solikondition von 3 Euro (zzgl. 1,45 Euro Portokosten)

Ja, ich bestelle _____ Aktionspakete »No NATO« (3 Plakate A1 oder A2, 20 Probeabokarten) zum Preis von 3 € plus 1,45 € Porto (entfällt bei Selbstabholung). Größere Bestellungen auf Anfrage

Plakat ☐ A1 ☐ A2

Gesamtpreis: _____

Name

Vorname

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

Unterschrift

Telefon (bitte unbedingt angeben)

Bitte an folgende Adresse schicken (falls Lieferadresse abweichend ist):

Name/Vorname

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

O Ich zahle per Rechnungslegung

O Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag einmalig von meinem Konto abzubuchen:

Geldinstitut

Bankleitzahl

Konto-Nr.

Datum/Unterschrift

Coupon einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin oder faxen an die 030/53 63 55-44

Polizeiverrichtungen

Wo die NATO hinkommt, macht sie sich unbeliebt. **Von Frank Brendle**

Und was machen Sie während des NATO-Gipfels Anfang April? »Ich habe vor, das Wochenende in den Vogesen zu verbringen, da wird sich Obama bestimmt nicht aufhalten.« Was die Leserinnen und Leser auf die Umfrage der elsässischen Gratiszeitung *20minutes* antworten, läßt deutlich erkennen: Neue Freunde gewinnt die NATO in Strasbourg und Umgebung nicht. »Für einen Abend unter Kollegen, die im Viersternerestaurant in aller Ruhe Sauerkraut essen wollen, wird das ganze Elsaß fünf Tage lang blockiert«, empört sich ein Leser. Ein anderer, der in der »roten Zone« beschäftigt ist, erklärt, warum er die Aufforderung seines Chefs, doch besser Urlaub zu nehmen, verweigert hat: »Ich sehe nicht ein, wieso ich der NATO auch nur einen Tag opfern sollte«; da scheut er auch nicht davor zurück, »unzählige Formulare auszufüllen, um einen Passierschein zu kriegen.« Andere geben klein bei: »Mein Mann muß zwei Tage Urlaub nehmen am 3. und 4. April, weil er wegen all der Kontrollen nicht zu seinem Arbeitsplatz kommt. Merci, Sarko!« Dank des Jagdverbotes, das übers ganze Department verhängt wurde, ärgern sich sogar die Jäger: »Ich wohne 50 Kilometer von Strasbourg entfernt. Selbst mit leistungsfähigen Kugeln hätte ich es schwer, Obama zu treffen.« Die allgemeine Stimmung in der elsässischen Metropole bringt folgendes Statement zum Ausdruck: »Gibt es nicht genügend Militärbasen in irgendwelchen verlassenen Ecken, wo sich diese ganzen Edelwäscheträger versammeln könnten (Grönland, Sibirien), ohne knapp zwei Millionen Leute zu belästigen?«

Wie man hört, ist auf der badischen Seite des Rheins die Laune nicht viel besser. Da dürften die mahnenden Worte der Regierungspolitiker, wieviel man der NATO verdanke, wohl verpuffen: »Ohne die NATO hätten wir nicht das Glück der Wiedervereinigung gehabt«, frohlockte der CSU-Politiker Peter Ramsauer vergangenen Donnerstag im Bundestag, und dabei dachten wir immer, die legendären Leipziger und bärtigen Bürgerrechtler seien es gewesen. Egal: Der Anschluß der DDR ist in Deutsch-Südwest immer schon skeptisch gesehen worden (»noch mehr Preußen« usw.).

Der Polizeiführungsstab der BAO »Atlantik« in Freiburg weiß genau, wo der Hauptfeind steht: »Sollte sich bei uns ein schwarzer Block bilden, wird der hier verarbeitet«, tönte Landespolizeichef Erwin Hetger in der *Badischen Zeitung*, kündigte »Selektionen« auf der Rheinbrücke an – und forderte im gleichen Atemzug die Demonstranten auf, endlich »verbal abzurüsten.« Der Mann ist offenbar unter dem Nazirichter Hans Filbinger groß geworden, der das Ländle zwölf (!) Jahre lang regiert hat.

Der Staatsschutz hat genau mitgezählt, daß es bis März 337 bundesweite und 80 landesweite Protestvorbereitungstreffen gegeben hat. Bravo! Hetgers Stellvertreter Detlef Werner weiß, wer da alles demonstrieren will: »Wir haben ein recht hohes Potential an friedlichen Gegnern, aber auch geschätzt 2 000 bis 3 000 Nichtfriedliche«, und zwar aus der »linksextremistischen Szene«. Nicht zu vergessen die Islamisten. Am besten, man rührt alle zusammen: Der NATO-Gipfel stelle »sowohl für Extremisten auf der rechten wie der linken Seite des politischen Spektrums als auch für religiöse Fundamentalisten ein ›lohnendes‹ Ziel von Aktionen bis hin zu terroristischen Anschlägen dar«, begründet die Stadt Kehl ihre Allgemeinverfügung. »Atlantik« ist mit 14 600 Beamten aber gut aufgestellt und verweist auf seine zehn »verrichtungsorientierten« Einsatzabschnitte. Eine Verrichtung beinhaltet z. B. den »Schutz von Versammlungen sowie alle Interventionsaufgaben (gewalttätige Demonstrationen, Blockaden, Haus- bzw. Geländebesetzungen, Räumung von Camps)«.

Die elsässische Verwaltung schließt sich diesem »Hysteriegeschwätz« (Reiner Braun vom Protest-Vorbereitungskomitee) an. Präfekt Marc Rebière warnte wiederholt vor »Kampfkommandos« unkontrollierbarer Gegner. »Die Gefahr ist real« – und wurde schonungslos bekämpft, indem die Polizei terrorverdächtige Regenbogen-Fahnen beschlagnahmte. Als daraufhin allgemeine Empörung einsetzte, wollte es keiner gewesen sein: Die Präfektur habe »absolut keine Anweisungen« zur Fahneneinziehung erteilt, die Gendarmerie »in keiner Weise« etwas mit derlei Aktionen zu tun, das Innenministerium in Paris mutmaßte, Polizisten hätten die Befehlslage »überinterpretiert«. »War es Übereifer oder ein Test auf die Reaktion der Einwohner?«, fragt die Tageszeitung *L' Alsace.* Bürgermeister Roland Ries (Sozialisten) mahnte an, der NATO-Gipfel müsse »vereinbar mit der freien Meinungsäußerung aller« sein und die Grundrechte achten. Ein später Einfall, angesichts bis zum Ende andauernder Behinderung von Camps, Kundgebungen und Bewegungsfreiheit. Auch die Badischen werden sich angesichts von Hausarrest, Zwangsschließung des Kehler Rheinhafens und Wiedereinführung von Grenzkontrollen fragen, was Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) meint, wenn sie die NATO als »Garant« für Demokratie bezeichnet.

Wie heißt es in der Marseillaise: »Contre nous de la tyrannie l'étendard sanglant est levé – Gegen uns wurde der Tyrannei blutiges Banner erhoben.« Anders ausgedrückt: Für Demokratie kämpfen nicht die NATO-Truppen, sondern diejenigen, die gegen die Militärallianz auf die Straße gehen. Aux manifs, citoyen(ne)s!

Der Autor ist Journalist und Landesgeschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) in Berlin-Brandenburg

Protestseiten im Internet:
www.nato-zu.de
www.block-nato.org
www.no-to-nato.org
http://camp09.blogsport.de/

ANZEIGEN

Lotta Suter
Kein Frieden mehr
Die USA im Kriegszustand

290 Seiten, Broschur, 2008
978-3-85869-365-5
Euro 24,–

Krieg in den Köpfen

In den USA herrscht Krieg. Die Bombenexplosionen im Irak erschüttern auch den US-amerikanischen Alltag. »Shock and Awe« verbreitet die US-Regierung nicht nur im Nahen Osten, sondern auch im eigenen Land. Korruption und Katastrophenkapitalismus florieren hier wie dort. Was kann eine Demokratie dem jahrelangen Ausnahmezustand entgegenhalten? Wie bleibt eine Gesellschaft im unendlichen Krieg zivil?

Rotpunktverlag.
www.rotpunktverlag.ch

Kuba 2009 erleben

Workcamps an den Cuba Sí-Agrarprojekten „Milch für Kubas Kinder" – ein Reiseangebot für Menschen, denen das Schicksal der sozialistischen Insel nicht gleichgültig ist.

- **Provinz Pinar del Río,** 1.9.–22.9.2009, Flug ab Berlin
- **Provinz Havanna,** 23.9.–14.10.2009, Flug ab Berlin

Die Unterbringung erfolgt in einfachen Gemeinschaftsunterkünften an den Projekten; eine gute körperliche Konstitution ist erforderlich; Spanischkenntnisse sind hilfreich, aber keine Bedingung. Preis. p. P. ca. 1 380 € (Flug, Unterkunft, Vollverpflegung, alle Transfers)

- **Sozialpolitisch-touristische Rundreise:** 29.4.–14.5.2009, Gespräche, Begegnungen, Kultur, 1. Mai in Havanna, Preis p. P. 1898 €

Reiseveranstalter:
Tropicana Touristik und ACPA in Zusammenarbeit mit Cuba Sí. Ausführliche Informationen und Anmeldung bei Cuba Sí.

Cuba sí

AG in der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Telefon: 030-24 009-455, -456
Fax: 030-24 009-409
E-Mail: berlin@cuba-si.org
Internet: www.cuba-si.org

www.netzwerk-cuba.de/neu

NETZWERK CUBA – Informationsbüro – e.V.

Das Netzwerk Cuba – Informationsbüro – e.V.
vernetzt 42 im Bundesgebiet agierende Soligruppen und organisiert deren Kontakte untereinander und zu anderen NGOs in Europa und Cuba. In der per Mail gratis zu abonnierenden, regelmässig erscheinenden ‚ncn' halten wir Sie über das aktuelle Geschehen in Cuba auf dem Laufenden.
Unterstützen sie die Arbeit des Netzwerk Cuba-Informationsbüro e.V. mit ihrer Spende*.

NETZWERK-CUBA-SPENDENKONTO: 32 33 31 00 - Postbank Berlin - BLZ 10010010

*Spenden sind steuerlich absetzbar